



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

4. Sitzung 2011

vom Montag, 9. Mai 2011, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin

Anwesend

47 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen und Liegenschaften

Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen

Daniel Müller, Leiter Sektion Liegenschaften

Roland Keller, Sportkoordinator

Christian Kälin, Mitglied der Schulpflege

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Werner Schib, Einwohnerrat

Franziska Graf, Einwohnerrätin

Danièle Zatti, Einwohnerrätin

Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	145
2. Inpflichtnahme von Irene Bugmann Oelhafen als neues Ratsmitglied (anstelle von Marcel Borner)	146
3. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle von Marcel Borner)	147
4. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle von Regina Antunovits)	148
5. Anfragen	
5.1 Markus Hutmacher: Sportkonzept Umsetzung der Förderrichtlinien	150
5.2 Gabriela Suter: FuSTA Gönhardschulhaus	154
5.3 Gabriela Suter: Mitwirkung Umweltverbände bei Planung Kraftwerk IBA	156
6. Sportkonzept; Einführung der Fachstelle Sport	159
7. Jahresbericht 2010 der Einwohnergemeinde	168

53. Mitteilungen

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich begrüße alle hier im Saal und auf der Tribüne anwesenden Personen ganz herzlich zur vierten Einwohnerratssitzung 2011. Auf meiner rechten Seite sehen Sie zwei Vertreterinnen von Radio 32 und dem Regionalradio DRS und oben links sitzen zwei Studentinnen, welche sich mit dem Thema "Einwohnerrat" vertieft befassen möchten. Ich freue mich wieder auf eine Sitzung mit kurzen, fairen und vor allem sachlichen Voten und bitte euch, auch heute diese Spielregeln einzuhalten. Ich habe den Einwohnerrat an folgenden Anlässen vertreten: GV des Aargauischen Rennvereins; Eröffnungsfeier der Veranstaltungsreihe "Aarau und Umgebung" zum Internationalen Jahr des Waldes 2011 – dazu erhalten alle Ratsmitglieder eine Broschüre mit den geplanten Aktivitäten; am letzten Samstag fand der 27. Aarauer Verbindungstag statt, bei dem ich auch einige Ratsmitglieder angetroffen habe. Ich möchte noch kurz auf das Parlamente-Treffen in Olten zurückkommen: Dieser Anlass war ein Erfolg. Die Stadt Olten hat sich noch einmal für unsere Teilnahme bedankt. Einen entsprechenden Presseausschnitt haben alle Ratsmitglieder erhalten. Das nächste Treffen ist im nächsten Jahr in Zofingen geplant. Alle Ratsmitglieder werden zum Thema Aare-Land die beiden Broschüren "AareLand-Weg" und "Kulturorte" erhalten.

Ich übergebe das Wort nun Marcel Guignard, Stadttammann, für Informationen zum Politikplan.

Marcel Guignard, Stadttammann: Ich hatte die Gelegenheit, in den Kommissionen darauf aufmerksam zu machen, dass sich für den Stadtrat die Ausarbeitung des Politikplans für die kommenden vier Jahre aufwändiger gestaltet als sonst. Das konnte in der Rechnung und den uns vorliegenden Planzahlen abgelesen werden. Es ist im WOSA-Reglement vorgesehen, dass der Stadtrat in der ersten Jahreshälfte dem Einwohnerrat den Politikplan vorlegen müsste. Das bedeutet nicht "zu Ende beraten", aber bis jetzt war das immer so. Das würde bedingen, dass der Politikplan, an welchem der Stadtrat auch an seiner heutigen Sitzung weitergearbeitet hat, nach der Stadtratssitzung vom nächsten Montag versendbar wäre. Ich kann Ihnen aber noch nicht versichern, dass das gelingen wird. Es wird erst am Ende der nächsten Stadtratssitzung feststehen, ob dem Einwohnerrat ein Vorabzug des Politikplans geschickt und dieser dann tatsächlich an der letzten Einwohnerratssitzung vor den Sommerferien im Juni 2011 behandelt werden kann. Der Stadtrat versucht, es möglich zu machen, ist aber nicht sicher, ob das auch gelingen wird. Darüber wollte ich Sie informieren. Das Ratspräsidium wird sofort am Dienstag nach der nächsten Stadtratssitzung informiert werden, ob die Unterlagen rechtzeitig vorliegen. Ansonsten würde die zwar unerwünschte, aber nicht unmögliche Situation eintreffen, dass der Politikplan erst im August behandelt werden könnte.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Das Ratsbüro wird sich bei den Mitgliedern des Einwohnerrates melden, sobald nähere Informationen des Stadtrates vorliegen.

54. Inpflichtnahme von Irene Bugmann Oelhafen als neues Ratsmitglied (anstelle von Marcel Borner)

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Das Wahlbüro der Stadt Aarau hat **Irene Bugmann Oelhafen** mit Entscheid vom 23. März 2011 als gewählt erklärt. Sie hat die Wahl angenommen.

Die Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

Irene Bugmann Oelhafen leistet das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: „*Ich gelobe es*“.

Das neue Mitglied des Einwohnerrates stellt sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

Traktandum 3

55. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle von Marcel Borner)

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir wählen heute die Nachfolge von Marcel Borner in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2010/2013. Pro Aarau schlägt **Irene Bugmann Oelhafen** als Nachfolgerin vor.

Die Partei verzichtet darauf, den Wahlvorschlag zu begründen. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Es erfolgt eine schriftliche Wahl.

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>		46
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>		46
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>	- ganz leere	2
	- ungültige	
		<hr/>
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>		44
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>		44
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>		
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		<hr/> 0
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>		44
<i>Absolutes Mehr</i>		23
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>		
<i>Stimmen haben erhalten:</i>		
<i>Irene Bugmann Oelhafen</i>		44
<i>Es ist gewählt:</i>		
<i>Irene Bugmann Oelhafen</i>		44

56. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle von Regina Antunovits)

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir wählen heute die Nachfolge von Regina Antunovits als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2013. Die SP schlägt **Angelina Mazzocco** als Nachfolgerin vor.

Die SP stellt ihre Kandidatin kurz vor.

Christoph Schmid: Angelina Mazzocco ist im Jahre 1988 geboren. 2009 schloss sie die Neue Kantonsschule Aarau ab. Ihre Maturarbeit schrieb sie zum Thema "Die politische Sozialisation von ausgewählten Jungwählern". Im Moment studiert sie Erziehungswissenschaften und Deutsch als Fremdsprache an der Universität in Freiburg. Ihr ausserschulisches und parteipolitisches Engagement umfasst folgende Tätigkeiten: 2006 bis 2008 war sie Vorstandsmitglied der JUSO Aargau, momentan ist sie Mitglied der SP und vom VPOD. Seit 2006 betätigt sie sich als Leiterin bei der Pfadi St. Georg, inkl. Projektleiterin und Ausbilderin bei der Pfadi. Die SP kann Ihnen Angelina Mazzocco herzlich empfehlen und es würde uns freuen, wenn Sie ihr die Stimme als Mitglied des Wahlbüros geben.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Es erfolgt eine schriftliche Wahl.

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>		46
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>		46
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>	- ganz leere	3
	- ungültige	
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>		43
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i> <i>= Total der möglichen Stimmen</i>		43
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		0
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>		43
<i>Absolutes Mehr</i>		22
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>		

Stimmen haben erhalten:
Angelina Mazzocco

43

Es ist gewählt:
Angelina Mazzocco

43

57. Anfrage Markus Hutmacher: Sportkonzept Umsetzung der Förderrichtlinien

Am 24. April 2011 hat Einwohnerrat **Markus Hutmacher** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Sind die Förderrichtlinien für den Stadtrat rechtlich nicht verbindlich?*
2. *Da die Förderrichtlinien am 28. Februar 2011 durch den Stadtrat schon genehmigt waren, stellt sich die Frage, wann hat der Stadtrat diese konkret genehmigt?*
3. *Welchen rechtlichen Status haben Förderrichtlinien, die vom Stadtrat genehmigt sind? Ab wann sind sie für den Stadtrat rechtlich relevant?*
4. *Wie will der Stadtrat sicherstellen, dass die Förderrichtlinien in Zukunft wieder von allen Bürgern als transparent und gerecht wahrgenommen werden?*
5. *Wird der Stadtrat die verlangte Kostenbeteiligung einfordern, damit der Status "Vereinsportanlage" erhalten bleiben kann?*
6. *Wenn nein, wird er die Trainingsanlage als "Sportanlage im eigentlichen Sinn" übernehmen? Welche Konsequenzen finanzieller, organisatorischer und rechtlicher Art hätte dies für die Stadt respektive für die zukünftigen Benutzer?*
7. *Teilt der Stadtrat die Meinungen, dass die Mitgliedschaft im Club 100 nicht mehr zu verantworten ist? Ist er bereit, die Mitgliedschaft auf den nächst möglichen Zeitpunkt zu kündigen?*

Markus Hutmacher: Ich möchte zuerst erklären, um was es mir mit dieser Anfrage nicht geht. Es geht mir nicht um den FC Aarau, es geht mir eigentlich auch nicht wirklich um die rechtlichen Fragen und auch nicht um den finanziellen Aspekt. Ich bedaure, dass der FCA, als Folge von Misswirtschaft und einer Portion Unglück, eventuell seine Lizenz verlieren wird, und ich habe mir die Frage gestellt, ob es richtig ist, diese Anfrage jetzt zu stellen. Ich bin aber der Meinung, dass es bei dieser Anfrage nur ganz nebensächlich um den FCA geht. Zentral ist das Verhalten unserer städtischen Exekutive, dem Stadtrat. Ich weiss auch, dass mir der Stadtrat jetzt dann ganz klar wird erklären können, dass juristisch alles lupenrein abgelaufen ist. Alles andere würde mich überraschen, haben wir doch zwei vollamtliche Juristen in der Führung der Stadtverwaltung. Als ich mich in die Unterlagen des Sportkonzepts vertieft und dabei realisiert habe, wie wenig die im Februar gemachten Aussagen von Stadtrat Carlo Mettauer mit den Fakten in den Förderrichtlinien korrespondieren, wurde ich zuerst wirklich stinksauer. Ich war zuerst überzeugt, dass der Stadtrat damals dem Rat bewusst Angaben gemacht hat, welche nicht mit den Förderrichtlinien übereinstimmen. Ein solches Verhalten hätte ich, gerade auch vor dem Hintergrund der in der letzten Zeit mehrmals geführten Diskussi-

onen zum Verhältnis zwischen Stadt- und Einwohnerrat, schlicht skandalös gefunden. Unter dessen halte ich es aber auch für möglich, dass der Stadtrat uns nicht bewusst getäuscht hat. Obwohl die beiden Geschäfte zeitlich ziemlich parallel gelaufen sind, ist es möglich, dass er die Förderrichtlinien nicht in allen Details präsent hatte. Weiter wäre ich nicht überrascht, wenn es sich herausstellen würde, dass zu einem früheren Zeitpunkt zur Finanzierung der Garderobenanlagen schon Versprechen abgegeben worden sind, welche den Förderrichtlinien widersprechen. Wenn der Stadtrat aber diesen Umstand selber nicht gemerkt hat, ist dies sicher kein Ruhmesblatt. Bedenklich finde ich an dieser Geschichte vor allem aber, welches Bild der Stadtrat mit diesem Verhalten demokratiepolitisch und rechtsstaatlich abgibt. Die Gleichheit vor dem Gesetz und Gleichbehandlung ist ein wichtiger Eckpfeiler unseres demokratischen Systems und der Gesellschaft. Weiter gilt das Einhalten von Regeln und Richtlinien sowie Transparenz bei Entscheidungen als Ausdruck guten Regierens und ist eigentlich eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit. Verstösse gegen diese Grundwerte sind gravierend für unser System, weil sie zu Politikverdrossenheit und dem Gefühl von Ungerechtigkeit führen. Aber gegen die beiden Grundsätze hat der Stadtrat in der Februarsitzung, respektive in der Vorbereitung dazu, verstossen. Wie ich bereits in der Anfrage ausgeführt habe, liegt die Erarbeitung der Förderrichtlinien in der Verantwortung des Stadtrates. Er ist absolut frei, wie er diese ausgestalten will, der Einwohnerrat nimmt diese Richtlinie nur zur Kenntnis. Es ist dem Stadtrat also freigestanden, wie und ob er die verschiedenen Sportanlagen klassifizieren will. Wenn er aber eine Gliederung vornimmt, muss, respektive sollte er sich zumindest aus politischen Gründen an diese halten. Es ist ein Fakt, dass die Fussballgarderoben im Brügglifeld als Vereinssportanlage definiert sind und dass die Einwohnergemeinde maximal einen Drittel an die Anlagekosten bezahlen dürfte. Interessant ist vor diesem Hintergrund auch, dass wir in der Februarsitzung den Rückweisungsantrag der Fraktion GLP - Pro Aarau explizit mit dem Verweis auf das ausstehende Sportkonzept respektive eben wegen der Finanzierung der Fussballgarderoben unterstützt haben. Der Stadtrat ist in seinen Ausführungen zum Rückweisungsantrag mit keinem Wort darauf eingegangen. Für mich ist interessant, mit welcher Selbstverständlichkeit der Stadtrat die vollen Kosten dieser Investition übernommen hat. Jeder andere Verein, seien dies die Reiter bei der Reithalle, der Tennisclub oder auch die Pontoniere, müssen ihre Gesuche sorgfältig und aufwendig begründen, was ja auch richtig ist. Aber ausgerechnet bei dieser Anlage, welche als Folge des Verkaufs des Stadions Brügglifeld realisiert werden muss, ist alles anders. Grundsätzlich ist es wohl allen klar, dass bei einem anderen privaten Verkäufer als der Ortsbürgergemeinde nicht die Einwohnergemeinde für die Finanzierung des Ersatzes gerade stehen würde. Die anfallenden Kosten würden normalerweise einfach beim Verkaufserlös abgezogen. Der Stadtrat hat sich aber mit Händen und Füßen gegen eine Kostenbeteiligung gewehrt. Ich könnte mir nur vorstellen, dass dem so ist, weil bei der Finanzierung der Garderoben durch die Ortsbürger deren Beitrag an das neue Stadion eventuell geschmälert worden wäre. Als Vergleich möchte ich auf die Finanzierung der Reithalle verweisen. Dort war der Beitrag ganz klar auf einen Drittel der Kosten beschränkt worden. Bei günstigerer Ausführung als geplant, wäre der städtische Beitrag sogar gekürzt worden. Mehrkosten wurden aber nicht ausgeglichen, der Beitrag war fixiert. Vor diesem Hintergrund muss man sich nicht wundern, wenn man in Aarau Stimmen hört, die meinen: "In unserer Stadt sind alle gleich, einige sind halt ein bisschen gleicher". Dies führt mich noch zum letzten Thema meiner Anfrage. Ich habe mir auch lange überlegt, ob ich die Frage nach dem Club 100 stellen soll. Ich weiss auch, dass dies kleinlich aussieht und es geht mir überhaupt nicht um das Geld. Von mir aus kann man die 6'000 Franken auch weiterhin direkt dem FCA geben. Für mich ist dies vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung der Sportvereine extrem heikel, wenn die Stadt als Vergabeinstanz für Fördermittel gleichzeitig Mitglied in einer Vereinigung ist, welche den Zweck hat, den Fussball-Club Aarau moralisch und finanziell zu

unterstützen. Ich sage nicht, dass diese Mitgliedschaft automatisch zu einer Bevorzugung führen muss, aber alleine die Möglichkeit eines solchen Verdachts verlangt ein extrem reflektiertes und verantwortungsbewusstes Handeln in einer offenen Demokratie. Für mich ist aber klar, dass vor dem Hintergrund der erlebten Vorfälle genau dieses verantwortungsbewusste Handeln beim Stadtrat nicht vorhanden gewesen war. So ist es mir schlicht unerklärlich, wieso der Stadtrat, und da meine ich nicht nur den Sport-Verantwortlichen, sondern alle Mitglieder, bei der Vorbesprechung der Einwohnerratssitzung im Februar unseren Antrag nicht zum Anlass nahm, die in der gleichen Sitzung behandelten Förderrichtlinien zu konsultieren. In dem Sinne bedanke ich mich für die hoffentlich aufschlussreiche Beantwortung der Anfrage.

Carlo Mettauer, Stadtrat: Bevor ich zur Beantwortung der Fragen komme, möchte ich einige Erwägungen im Vorfeld anführen. Bei den Fussballplätzen im Brügglifeld handelt es sich um eine Vereinssportanlage des FC Aarau bzw. der Platzgenossenschaft. Grundeigentümerin ist die Ortsbürgergemeinde Aarau, welche das Land der Platzgenossenschaft Brügglifeld im Baurecht zur Verfügung gestellt hat. Das kleine, alte Garderobenhaus wird seit langem nicht mehr genutzt. Es werden heute die Garderoben und Duschen im heutigen Tribünengebäude des Brügglifelds benützt. Im Zusammenhang mit der Verlegung des Stadions ins Torfeld Süd wird sich die Platzgenossenschaft auflösen. Das Baurecht der Trainingsfelder fällt an die Grundeigentümerin zurück. Die Ortsbürgergemeinde Aarau ist bereit, das Land für die Trainingsfelder auch weiterhin für die Fussballnutzung zur Verfügung zu stellen. Sie beabsichtigt daher, das Land der Einwohnergemeinde zur Nutzung und Weitergabe an den FC Aarau entschädigungslos abzugeben. Inskünftig wird somit ein direktes Vertragsverhältnis zwischen der Stadt und dem FC über die Trainingsfelder entstehen. In Bezug auf die Neuerstellung von Garderoben handelt es sich eindeutig um einen Realersatz der Stadt im Zusammenhang mit der Verlegung des Stadions. Die neue Lage der Trainingsfelder hingegen ist eine Folge des KEBA-Projektes. Die heutige KEBA befindet sich auf dem Land der Einwohnergemeinde Aarau. Diese hat der Genossenschaft KEBA ein Baurecht eingeräumt. Mit der neu vorgesehenen Rechtsform für den Betrieb der KEBA fällt das Baurecht an die Grundeigentümerin Stadt Aarau zurück. Die Stadt wird somit mit der Ortsbürgergemeinde, neben einem Nutzungsrecht für die Fussball-Trainingsplätze, auch ein Überbaurecht oder einen Landabtausch für den neu überbauten Bereich auf dem Ortsbürgerland aushandeln. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass keine Entschädigungen für die Landbeanspruchung zu leisten sein werden. Die daraus resultierenden Schlüsse sind in der Beantwortung der Fragen 5 und 6 enthalten. Im GESAK ist der heutige Zustand korrekt abgebildet. Die Anlage wird zurzeit noch als Vereinssportanlage im Eigentum der Platzgenossenschaft geführt. Ich komme nun zur Beantwortung der einzelnen Fragen.

Frage 1: Die Förderrichtlinien gelten für den Stadtrat, sobald diese in Kraft gesetzt sind. Zurzeit sind die Förderrichtlinien durch den Stadtrat noch nicht in Kraft gesetzt worden. Allerdings handelt es sich – wie der Name sagt – um Richtlinien. So besteht z. B. explizit kein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Art und Höhe der Unterstützung und Förderung.

Frage 2: Mit PA 1460 vom 8. November 2010 hat der Stadtrat die Förderrichtlinien genehmigt.

Frage 3: Der Einwohnerrat wird anlässlich seiner Sitzung vom 9. Mai 2011, also heute, über die Einführung der Fachstelle Sport befinden. Stimmt der Einwohnerrat der Einführung der Fachstelle Sport zu, können die Ressourcen zur Umsetzung der Förderrichtlinien beschafft

werden. Der Stadtrat kann dann die Förderrichtlinien in Kraft setzen. Die Förderrichtlinien sind die Grundlage für die künftige Verwaltungspraxis.

Frage 4: Die Förderrichtlinien sind auf der Homepage der Stadt Aarau einsehbar, wodurch sie transparent sind. Dass die Förderrichtlinien von allen Bürgern als gerecht wahrgenommen werden, kann der Stadtrat nicht sicher stellen.

Frage 5: Der Status Vereinssportanlage wird mit der Auflösung der Platzgenossenschaft und der Neuerstellung der Garderoben und Fussball-Trainingsfelder nicht mehr beibehalten.

Frage 6: Organisatorisch wird die Stadt die Trainingsanlage als Sportanlage im eigentlichen Sinn übernehmen. Finanziell wird die Stadt die Anlage unterhalten müssen. Rechtlich müssten nachfolgende Verträge ausgearbeitet werden: Landabtausch oder Überbaurecht zwischen Einwohnergemeinde Aarau und Ortsbürgergemeinde Aarau für das neue Ausseneisfeld mit Restaurant und Betriebsräumen und für die Garderoben der Trainingsanlage; Nutzungsvertrag zwischen Einwohnergemeinde Aarau und Ortsbürgergemeinde Aarau für die Nutzung der Fussballtrainingsfelder; Nutzungs-/Mietvertrag zwischen Einwohnergemeinde und FC Aarau für die Garderoben und die Fussballtrainingsfelder.

Frage 7: Der Stadtrat wird im Sinne der Gleichbehandlung aller Vereine die Mitgliedschaft im Club 100 überprüfen.

Zusammenfassend möchte ich aber im Namen des Stadtrates noch ganz klar und unmissverständlich die unerhörten Vorwürfe zurückweisen. Der Stadtrat hat immer transparent und ordnungsgemäss kommuniziert.

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

58. Anfrage Gabriela Suter: FuSTA Gönhardschulhaus

Am 5. Mai 2011 hat Einwohnerrätin **Gabriela Suter** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Welche Ersatzräumlichkeiten werden dem Chinderhuus, das den Hort und den Mittagstisch im Gönhardschulhaus betreut, während der Sanierung zur Verfügung gestellt?*
2. *Welche Bereiche stehen nach der Sanierung für den Hort und den Mittagstisch zur Verfügung (inkl. Aussenbereiche)? Ist der Stadtrat der Meinung, dass diese Bereiche ausreichen?*
3. *Konnten die Forderungen des Chinderhuus nach Räumlichkeiten für die Zeit des Umbaus und für die Situation nach der Sanierung vollumfänglich berücksichtigt werden? Wenn nein: Welche Forderungen konnten nicht berücksichtigt werden und aus welchem Grund?*

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich beantworte Ihnen die Anfrage gerne wie folgt:

Frage 1: Die Baudelegation hat an der Sitzung vom 6. April 2011 beschlossen, dass die Auslagerung des Hortes und des Mittagstisches notwendig wird, weil der Sanierungseingriff im Trakt 3 grösser als erwartet ist. Das Chinderhuus, mit dem Hort, wird während den Sanierungsarbeiten von Oktober 2011 bis März 2012 in einem Containerprovisorium neben der Laufbahn am östlichen Rand der Parzelle platziert, also gleich neben den bereits vorhandenen Schulcontainern. Der Mittagstisch kann in Absprache mit der Schulleitung für die gleiche Dauer im mittleren Werkraum, Untergeschoss Trakt 2, stattfinden.

Frage 2: Kurzfristig soll für die Zeit nach der Sanierung weiterhin das Untergeschoss im Trakt 3 des Schulhauses verwendet werden. Das hat sich bisher so bewährt. Langfristig betrifft es die Schulraumplanung. Infolge der Ablehnung des Bildungskleeblattes und den daraus resultierenden Unsicherheiten war die Schulraumplanung sistiert worden. Die Schulraumplanung wurde unterdessen wieder aufgenommen, aber es gibt gewisse Verzögerungen. Die definitive Raumlösung für das Chinderhuus, den Hort und den Mittagstisch ist zurzeit noch nicht absehbar. Es ist noch offen, ob diese künftigen Räumlichkeiten für die Tagesstrukturen auf dem Areal oder ausserhalb des Areals des Gönhardschulhauses liegen werden.

Frage 3: Die Bedürfnisse des Chinderhuus für die Zeit des Umbaus wurden in mehreren gemeinsamen Sitzungen vom Stadtbauamt aufgenommen. Diese Bedürfnisse werden im Oktober 2011 vollumfänglich umgesetzt. Die Tatsache, dass der Aufenthaltsbereich im Containerprovisorium kleiner als im Untergeschoss von Trakt 3 ausfallen wird, wird vom Chinderhuus akzeptiert. Für die Situation nach der Sanierung besteht, gemäss vorheriger Antwort, kein akuter Handlungsbedarf. Das Stadtbauamt wird mit dem Chinderhuus weitere Sitzungen durchführen, um einen reibungslosen Umzug und die vollwertige Instandsetzung für den

Wiederbezug im Trakt 3 zu gewährleisten. Insofern sind alle Forderungen berücksichtigt worden.

Gabriela Suter: Ich danke für die Ausführungen. Zur Präzisierung: Ich weiss nicht genau, wie gross solche Container sind und wie viele Räume darin Platz haben. Das wäre noch wichtig zu wissen. Im Moment sind die Platzverhältnisse beim Mittagstisch eher eng, obwohl zwei Räume zur Verfügung stehen. Wenn im Container ein halbes Jahr lang nur ein Raum zur Verfügung stehen würde, wäre das eine Verkleinerung des Raumangebots um 50 %. Das wäre meiner Meinung nach sehr ungünstig.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Im Rahmen der Sanierung des Gönhardschulhauses mussten alle mit etwas weniger Platz auskommen. Auch der Schulbetrieb ist während der ganzen Zeit davon betroffen. Bis jetzt mussten der Hort und der Mittagstisch noch mit keinen grossen Einschränkungen auskommen, aber bei der Sanierung des Traktes 3 betrifft es sie nun auch. Für die absehbare Übergangszeit wird ein Raum zur Verfügung stehen, nämlich der Werkraum im Trakt 2. Betreffend Container wird es dieselbe Art sein, die jetzt schon als Schulräume im Einsatz steht. Voraussichtlich werden es vier zusätzliche Container sein. Für die Schule haben wir sechs Container.

Die **Anfragestellerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

59. Anfrage Gabriela Suter: Mitwirkung Umweltverbände bei Planung Kraftwerk IBA

Am 5. Mai 2011 hat Einwohnerrätin **Gabriela Suter** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Warum wurde die AGnu (Arbeitsgruppe für Natur und Umwelt Region Aarau) nur wenig ins Planungsverfahren einbezogen und warum wurden insbesondere die Planunterlagen, trotz gegenteiliger Versprechungen, nicht zur Einsicht gegeben?*
2. *Grosse Verzögerungen sollen sich ergeben haben, weil Differenzen zwischen den konzessionserteilenden Kantonen (AG und SO) einerseits und der IBAarau andererseits bisher nicht bereinigt werden konnten. Wo genau liegen diese Schwierigkeiten?*
3. *Um das Ziel eines umweltgerechten Neubaus zu erreichen, ist es geboten, die Umweltverbände von Anfang an aktiv in die Planung einzubeziehen und nicht erst dann, wenn das Bauprojekt vorliegt. Als positives Beispiel kann die Vorgehensweise der Axpo bei ihrem Neubauprojekt "Rüchlig" in Aarau gelten. Wie ist die Meinung des Stadtrates und wird er sich für dieses Anliegen einsetzen?*
4. *Welche Voraussetzungen für die Umwelt sollen mit dem Kraftwerksneubau verbessert werden? Welche Schwerpunkte setzt der Stadtrat bei den ökologischen Aufwertungsprojekten?*
5. *Wie gross wird der Anteil am Gesamtaufwand für ökologische Aufwertungen sein, die nicht zwingend gesetzlich vorgeschrieben sind?*
6. *Wird sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass die Mitwirkung und das Auflageverfahren nicht zu einer Alibiübung verkommen, d.h., dass die Bedingungen so gesetzt werden, dass eine, der Komplexität angemessene, Beteiligung der Umweltverbände und der Bevölkerung möglich wird, beispielsweise durch eine sinnvolle Mitwirkungsdauer?*

Marcel Guignard, Stadtammann: Ich trete sogleich auf die einzelnen Fragen ein:

Frage 1: Im Hinblick auf die Ende 2014 auslaufende Konzession für das Kraftwerk Aarau hat die IBAarau bereits im Jahr 2008 das Vorprojekt für die mit der Konzessionserneuerung verbundene Renovation des Kraftwerks Aarau öffentlich vorgestellt. Damit garantiert bleibt, dass die Bevölkerung, die Anstösser und weitere an der Ausgestaltung und Nutzung der Staustrecke interessierte Kreise kontinuierlich informiert werden und sich bereits in der Entwicklungsphase ins Projekt einbringen können, haben die beiden die Konzession erteilenden Kantone Aargau und Solothurn im Dezember 2008 zudem eine rund 50-köpfige Begleitgruppe eingesetzt. Diese Gruppe, der die AGnu von Anbeginn ebenfalls angehörte, hat zwischenzeitlich dreimal getagt. Von 42, aus diesem Kreis vorgetragenen Anliegen, konnten bereits im

Januar 2010 deren 25 übernommen werden und ins Projekt einfließen. 8 stehen noch in Prüfung und 9 mussten aus technischen Gründen verworfen werden. Die vorzeitige Herausgabe von ingenieurseitig noch in Arbeit befindlichen Unterlagen macht keinen Sinn, weil Projektänderungen zu unnötigem Mehraufwand führen. Die Mitglieder der Begleitgruppe sind von den Kantonen und von den IBAarau mehrfach darüber informiert worden, dass ihnen – als gegenüber der Öffentlichkeit sogar privilegiertem Kreis – eine vertiefende Dokumentation zur Verfügung gestellt wird, sobald die entsprechenden Unterlagen über einen Reifegrad verfügen, der eine externe Beurteilung möglich macht. Im heutigen Zeitpunkt ist das noch nicht möglich. Dies wurde den Begleitgruppenmitgliedern durch die Kantone AG und SO mehrfach erklärt und begründet. AGnu wurde auch in einem Einzelgespräch über den aktuellen Stand und die weitere Projektplanung informiert und die nächste Begleitgruppensitzung, in Abhängigkeit des zügigen Vorankommens der Konzessionsverhandlungen, am 29. Juni 2011 in Aussicht gestellt. Schade, dass sich die AGnu trotzdem von der von den Kantonen einberufenen Begleitgruppe distanziert hat. Sie ist aber jederzeit wieder willkommen.

Frage 2: Seit der Einreichung des Gesuchsentwurfs durch die IBAarau bei den kantonalen Umweltschutzfachstellen im März 2010 haben sich Verzögerungen ergeben, die auf einen erhöhten verfahrensrechtlichen Koordinationsbedarf zwischen den beiden die Konzession erteilenden Kantonen zurückzuführen sind. So konnten etwa die IBAarau die Angaben zu den Eckwerten der Konzession, welche den beiden Kantonen vorschweben, erst im April dieses Jahres eröffnet werden. Ein erster Vertragsentwurf zur Konzession wurde anfangs Mai zugesandt. Zudem wurden nach der ersten Überprüfung der Projektunterlagen durch die Kantone zusätzliche Auflagen für den Konzessionär gemacht, welche in der Zwischenzeit ins Projekt eingearbeitet wurden.

Frage 3: Das sieht der Stadtrat genauso und ist deshalb froh, dass die Kantone Aargau und Solothurn, aber auch die IBAarau selbst, von Anfang an offen an die interessierten Kreise herantreten sind und diese in die Projektentwicklung miteinbezogen haben. Der den Mitgliedern der Begleitgruppe seit langem bekannte Verfahrensplan sieht bis zur Auflage des Projektes noch mehrere Schritte vor, die dem Miteinbezug interessierter Kreise und der Öffentlichkeit dienen, unter anderem drei weitere Sitzungen der Begleitgruppe (voraussichtlich Juni 2011, November 2011 und Frühjahr 2012) sowie eine, nach Vorliegen der Ergebnisse der vorläufigen Beurteilung des Gesuchsentwurfs durch die Umweltschutzfachstellen der Kantone und durch das BUWAL und das BFE, von den Behörden durchgeführte öffentliche Mitwirkung (voraussichtlich Ende 2011).

Frage 4: Der Stadtrat ist gemeinsam mit dem Verwaltungsrat der IBAarau der festen Überzeugung, dass die beim Projektstart gemachten Vorgaben weiterhin und vorbehaltlos Gültigkeit besitzen. Die Konzession für das Kraftwerk soll erneuert und das Kraftwerk selbst soll ab dem Jahr 2015 etappenweise modernisiert und auf den neusten technischen Stand gebracht werden. Bezüglich Ökologie und Landschaft sind der Erhalt und die stellenweise Aufwertung des beliebten Naherholungsgebietes im Schachen und die ökologische Aufwertungen entlang der Staustrecke gefordert und gewollt. Ausserdem sind alle Hochwasserschutzmassnahmen, im Zusammenhang mit der Kraftwerkserneuerung, auf die entsprechenden Massnahmen der Kantone Solothurn und Aargau abzustimmen. Die Erhöhung der Restwassermenge im Altlauf sowie die Umgehungsgewässer im Schönenwerder Schachen führen zu einer deutlichen Minderproduktion, welche durch neuste, effizientere Maschinenteknik und Sanierung und Anpassung des Kanals möglichst vollständig zu kompensieren sind.

Frage 5: Wie in der Anfrage richtig festgestellt worden ist, steht die IBAarau im Eigentum der Öffentlichkeit. Zu den öffentlichen Interessen bezüglich der Verwirklichung von Umweltanliegen gesellen sich dabei auch wirtschaftliche und versorgungspolitische Interessen der Stadt als Eigentümerin. So sind Begehren, die sich aus Umweltanliegen ergeben, stets der damit zwingend verbundenen Verteuerung der Energieproduktion gegenüberzustellen. Bei der Abwägung ist ausserdem zu berücksichtigen, dass es sich bei der Nutzung der Wasserkraft bereits an sich um eine ökologische und daher politisch gewollte Form der Stromgewinnung handelt. Gemäss Auskunft der IBAarau zeichnet sich bereits heute ein hart an das wirtschaftlich Sinnvolle gehender Aufwand ab. Über die genauen Zahlen wird erst das definitive Projekt Auskunft geben können. Es ist derzeit wie gesagt geplant, dass Ende Juni die Begleitgruppe zu einer weiteren Information eingeladen wird, wo die entsprechenden Umweltmassnahmen und Projektänderungen vorgestellt und diskutiert werden. Eine genauere Aussage zu obiger Frage ist erst nach Abschluss der Planungsarbeiten und Eingabe des überarbeiteten Projekts sinnvoll und möglich.

Frage 6: Ja, der Stadtrat unterstützt das Anliegen und wird sich für eine sinnvolle Mitwirkungsdauer einsetzen. Die IBAarau wird, sowohl den Begleitgruppenteilnehmern wie auch den betroffenen Anliegergemeinden und damit auch allen Bürgern dieser Gemeinden, die vollständigen Unterlagen zur Mitwirkung zukommen lassen – ganz gemäss den gemachten Versprechungen. Die Mitwirkungsdauer beträgt in der Regel 30 Tage. Sollte die Komplexität einzelner Bereiche eine längere Dauer erfordern, sollen die entsprechenden Gruppen mit der IBAarau eine für beide Seiten sinnvolle und praktikable Lösung suchen.

Die **Anfragestellerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

60. Sportkonzept; Einführung der Fachstelle Sport

Mit Botschaft vom 28. Februar 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgende

- Anträge**
1. *Für die Fachstelle Sport seien 100 Stellenprozente sowie die einmaligen und wiederkehrenden Folgekosten zu bewilligen.*
 2. *Das Postulat der CVP Aarau vom 1. November 2005, "Aktualisierung Sportkonzept und Wiedereinführung Sportkommission", sei abzuschreiben.*
 3. *Die Produktegruppe 26 "Sportbeiträge" sei in "Sport" umzubenennen, und der Anhang des WOSA-Reglementes vom 22. August 2005 sei entsprechend anzupassen.*
 4. *Die neu definierten Aufgaben/Leistungen, Produkte, Zielgruppen und die Wirkungs- und Leistungsziele der Produktegruppe 26 seien zu genehmigen.*

Thomas Hächler, Sprecher Sachkommission: Bei der Beratung des Sportkonzepts standen uns als Auskunftspersonen Carlo Mettauer, Stadtrat, Roland Keller, Sportkoordinator, Andreas Jauch, Leiter Sektion Hochbau sowie Daniel Müller, Leiter Sektion Liegenschaften, zur Verfügung. Die Auskunftspersonen teilten mit, dass in der Phase der Erarbeitung des Sportkonzeptes festgestellt wurde, dass ein Gemeindesportanlagenkonzept GESAK nötig sei. Nun liegt ein umfangreiches Gesamtwerk vor. Es wurde gefragt, was für ein Zeitraum gemeint sei, wenn von einer periodischen Analyse der Sportanlagen gesprochen wird. Erklärt wurde, dass die Datenblätter der Anlagen aufzeigen sollen, ob ein Objekt sanierungsbedürftig sei. Die Nachführung der Datenblätter müsse somit jährlich erfolgen. Weiter wurde die Auskunft erteilt, dass man bemüht sei, die Sport- und Freizeitanlagen für Reinigungsarbeiten oder Sanierungen nur für möglichst kurze Zeit zu schliessen. Bedenken müsse man aber auch, dass zum Beispiel Rasenflächen, je nach Nutzung, auch ihre Erholungsphasen benötigten und deshalb für längere Phasen gesperrt werden müssten. Auskunft wurde auch über die Situation des Hallenbades Telli gegeben: Eine Machbarkeitsstudie habe aufgezeigt, dass zu wenig Wasserfläche vorhanden sei. Der Kanton erwarte eine Beteiligung der Stadt Aarau und man stelle fest, dass das Projekt beim Kanton anscheinend keine Dringlichkeit aufweise. Man hält fest, dass auf Kantonsebene ein Sportanlagenkonzept fehle, das aussagt, wie im Aargau Hallenbäder betrieben oder grössere Sportanlagen gebaut werden sollen. Gefragt wurde, ob im Schachen weitere Fussballfelder in der Grünzone geschaffen werden sollen. Es wurde erklärt, dass die Grünzone gleich bleiben und genutzt werden soll. Weitere Plätze in das Sportanlagenkonzept zu überführen, sei nicht geplant. Auskunft erhalten haben wir auch auf die Frage, wie weit es Aufgabe der Stadt sei, Anlagen für den öffentlichen Sport zur Verfügung zu stellen. Die öffentlichen Garderoben im Schachen hätten sich bewährt, so die Auskunft. Eine weitere sei ja jetzt bei der KEBA geplant. Bei anderen Anlagen oder Vorhaben sei auch eine regionale Betrachtung notwendig. Die Realisierung eines solchen Vorhabens durchlaufe den normalen

politischen Prozess und es müssten finanzielle Mittel gesprochen werden. Gefragt wurde auch, wie man sich die künftige regionale Zusammenarbeit vorstelle. Es wurde festgehalten, dass diese in den Bereichen der Feuerwehr, Polizei oder der Fachstelle Alter gut funktioniere. Man komme aber nicht darum herum, aufwändige Einzelverhandlungen zu führen. Es sei den Auskunftspersonen bewusst, dass die Sportanlagen oft von Auswärtigen besucht würden und man sei am abklären, ob verschiedene Eintrittspreise nötig seien. Eine weitere Frage war, ob man etwas über einen möglichen künftigen Standort einer Dreifachturnhalle sagen könne. Es gäbe noch keine konkreten Standorte. Wichtig sei aber, dass die Anlage auch für eine Tagesnutzung zur Verfügung stünde, was für den Standort in der Nähe einer Schulanlage spreche. Zum Schluss wurde gefragt, ob mit einer baldigen Stellenerhöhung gerechnet werden müsse und was mit den bisher für diesen Bereich aufgewendeten Stellenprozenten passiere. Wir erfuhr, dass man Vergleiche mit anderen Städten vorgenommen habe und man die grösste Synergienutzung erreichen werde, wenn die Fachstelle Sport bei der Sektion Liegenschaften angegliedert wird. Die Kulturstelle habe mit etwa 3 Stellenprozenten das Sportsekretariat geführt, und die Vergabe der Hallen habe nur dank der langjährigen Erfahrung eines Mitarbeiters in der Sektion Liegenschaften, mit einem geschätzten Arbeitsaufwand von 8 -12 Stellenprozenten, funktioniert. Einige neu vorgesehene Aufgaben konnten bisher nicht erfüllt werden. In der Schlussdiskussion wurde festgehalten, dass gute Arbeit geleistet worden sei und nun dieses Sportkonzept mit dem GESAK umgesetzt werden solle. Über die Schaffung einer neuen Stelle sei man nicht erfreut, sähe aber die Notwendigkeit ein. Es wurde die Hoffnung geäußert, dass man unter Umständen auch Einsparungen im Unterhalt erzielen könnte. Die Sachkommission hat die ersten drei Anträge einstimmig angenommen und den vierten Antrag, mit einer Gegenstimme, ebenfalls.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Es liegt ein Rückweisungsantrag der SVP zu diesem Geschäft vor.

Beat Krättli: Wir haben das von der Sportkommission erarbeitete Konzept zur Einführung der Fachstelle Sport erhalten und sorgfältig geprüft. Der Kommission möchten wir an dieser Stelle ein Kompliment für die jahrelange und aufwändige Arbeit aussprechen. Die Bedürfnisabklärung, basierend auf zahlreichen Gesprächen mit Vereinsvertreterinnen und -vertretern, Lehrpersonen, Schulleitungen und Verwaltungsstellen wurde seriös, mit einem grossen Aufwand und einem bewundernswerten Engagement gemacht. In einigen Punkten stimmen wir vorbehaltlos zu, jedoch tauchten in der Diskussion auch Fragen zum Sportkonzept auf, die seitens der Kommission letztlich für die Fraktionsmehrheit nicht zufriedenstellend beantwortet werden konnten. Generell entsteht für uns der Eindruck, dass im Konzept nicht zwischen dem für die Stadt Aarau und ihrer Bevölkerung unbedingt Notwendigen und dem Wünschbaren unterschieden wird. Eine Zustimmung zu einem Antrag fiel uns leichter, wenn mehrere Varianten oder zumindest eine echte Alternative dargestellt worden wäre. Da dies im Konzept ausser acht gelassen worden ist, haben wir den Eindruck, dass hier einmal mehr bloss die Luxus-Variante verfolgt wurde – während mögliche, kostengünstigere Alternativen nicht in Betracht gezogen wurden oder zumindest im Konzept keine Erwähnung gefunden haben. Im Konzept sind ausschliesslich 100 Stellenprozent vorgesehen. Eine Teilzeitstelle von 80, 60 oder 50 Stellenprozenten wären für uns Möglichkeiten, die zumindest mit ihren Vor- und Nachteilen diskutiert werden sollten. Ebenso hätte eine Weiterverfolgung der im Konzept erwähnten Arbeitsteilung zwischen der Sportkommission, den Vereinen und der Fachstelle Sport durchaus Berechtigung. Hierzu bietet das Konzept keine ausreichende Grundlage, um eine Entscheidung treffen zu können. Für uns ist es wichtig, dass ein stetig steigendes Ausgabenwachstum, das schlussendlich von der Bevölkerung getragen werden muss, auch gut be-

gründet werden kann. Dazu gehört eben auch die Begründung für eine Ablehnung einer möglichen Alternative, die kostengünstiger wäre. Und dies wiederum setzt eine sorgfältige Auseinandersetzung mit eben diesen möglichen Sparvarianten voraus. Wir fragen uns ernsthaft, ob die Schaffung einer neuen Stelle wirklich absolut notwendig und einen, für eine Mehrheit der Bevölkerung spürbaren, Mehrwert bringt. Die Stelle existiert bis heute nicht und man kann sich fragen, wie dieses angebliche Defizit in den letzten Jahrzehnten von der Stadt Aarau getragen werden konnte. Welcher Schaden ist uns entstanden? "Synergienutzung", "Koordination der Anspruchsgruppen", "Bewegungsangebote" und "periodische Analysen" klingen auch in unseren Ohren schön. Wir sind uns aber hoffentlich auch alle bewusst, dass damit noch nichts versprochen wird und zudem Erläuterungen fehlen bezüglich Nachhaltigkeit und wirklicher Notwendigkeit – im Sinne eines echten Bedürfnisses für die breite Öffentlichkeit. Aus diesen Gründen beantragt die SVP-Fraktion die Rückweisung des Antrages an den Stadtrat. Wir fordern den Stadtrat auf, ein bis zwei Alternativvarianten vorzulegen, die das städtische Budget mit deutlich weniger als 130'000 Franken belasten.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir eröffnen nun die Diskussion zu diesem Rückweisungsantrag der SVP. Anschliessend werden wir über den Rückweisungsantrag abstimmen. Je nach Resultat werden wir auf das Geschäft einsteigen oder dieses zurück an den Stadtrat geben.

Therese Dietiker: Nachdem es in der Sachkommission wenig bis nichts an der umfangreichen Arbeit für das lang ersehnte Sportkonzept zu mäkeln gab und selbst die SVP-Vertreter für die Fachstelle votierten, auch wenn sie meinten, man werde in der Fraktion schon noch diskutieren, liegt nun dieser Rückweisungsantrag vor. Eigentlich weiss ich noch immer nicht, ob ich über den vorliegenden Rückweisungsantrag erstaunt sein soll oder nicht. Aber wir haben offenbar damit zu leben, dass aus einer Ecke in unserem Rat immer mit Misstrauen und Kritik zu rechnen ist. Am 12. Dezember 2005 hat der Einwohnerrat das CVP-Postulat "Aktualisierung Sportkonzept und Wiedereinführung Sportkommission" überwiesen. Das ist schon lange her. Die Sportkommission hat die vom Stadtrat erteilten Aufträge erarbeitet und bearbeitet, wie es auch in der Botschaft steht. Mehrere Male wurde hier im Rat nach dem Sportkonzept gefragt. Auch Vereine und Sportinteressierte haben das Sportkonzept sehnlichst erwartet. Heute liegt es vor – sehr detailliert und durchdacht. Nun soll die Vorlage zurückgewiesen werden, weil zu wenig Varianten vorlägen und es unklar sei, wie hoch die Fachstelle wirklich dotiert sein sollte. Diese Argumentation erstaunt doch sehr, denn in der Vorlage ist ausgewiesen, dass in der Vorbereitung für diesen Antrag das Pensum mit den Fachstellen von sage und schreibe neun anderen Gemeinden verglichen worden ist. Die beste Übereinstimmung mit unseren Bedürfnissen fand sich in Zug: Da gibt es ein Sportamt mit 170 Stellenprozenten plus einem Praktikumsplatz. Nach diesem Vergleich und dem Aktenstudium über die Pensenzuteilung wäre die Frage nicht, ob es auch mit 50 % gehen würde, sondern, ob man mit 100 % das Sportkonzept bewirtschaften, das GESAK nachführen, die Hallen effizient vermieten, Sportförderungsgesuche bearbeiten und Koordinationsaufgaben wahrnehmen könne, oder dafür nicht sogar ein grösseres Pensum gebraucht würde. Liebe SVP: Wenn Sie davon ausgehen, dass es früher auch ohne Sportkoordinator ging, haben Sie recht. Aber die Zeiten verändern sich, auch im Sport. Es gibt immer wieder neue Sportarten. Wir leben nicht mehr in der Epoche, in welcher jede Gemeinde einen Turnverein und einen Fussballclub hat. Da wäre eine Koordinationsstelle wirklich unnötig. Sie werden auch kaum Sportvereine finden, die neben der Trainingsaufgabe und dem Führen ihres Vereins noch die Sportkoordination einer Kantonshauptstadt ehrenamtlich übernehmen könnten. Und so muss bei diesem Rückweisungsantrag schon die Frage gestellt werden, ob es wirklich effizient ist, eine Pensenhöhe nach einer

weiteren Zusatzschleife durch die Verwaltung, die sparen sollte, politisch zu diskutieren, oder ob es nicht wirtschaftlicher ist, wenn die Grösse der Fachstelle Sport nach klaren Vorgaben und Vergleichen errechnet worden ist. Die Verwaltung, der Stadtrat, die Sportvereine und viele andere Personen haben sich intensiv mit dem Thema Sportkonzept befasst. Nach fünf-einhalb Jahren liegt das Konzept vor und wir wollen heute eine Entscheidung zu diesem Thema. Unsere Fraktion Pro Aarau - EVP/EW - GLP wird dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen und ich hoffe, Sie tun das auch nicht.

Lukas Häusermann: Um es gleich vorweg zu nehmen: Die CVP-Fraktion unterstützt die Anträge des Stadtrates zum Sportkonzept, insbesondere die neu zu schaffende Fachstelle Sport und lehnt entsprechend den Rückweisungsantrag der SVP ab. Dies begründen wir folgendermassen: Was nützt ein Konzept, und sei es noch so überzeugend, wenn es nicht umgesetzt und gelebt werden kann? Das Konzept ist fast lehrbuchmässig mit Leitbild, Sportkonzept, Gemeindeporthallenkonzept, Förderrichtlinien und später noch zu formulierenden Benützungsgreglementen erstellt worden. Auch die Verantwortlichkeiten sind vom Stadtrat über die Sportkommission bis zur Fachstelle geregelt. Das einzige, das noch fehlt, ist die konsequente Umsetzung. Und genau dafür braucht es eben diese Fachstelle. Die Anfragen und Anliegen aus der Bevölkerung sind da, dafür braucht es eine kompetente und schnelle Koordination durch eine Fachstelle Sport. Wir Einwohnerräte wollen alles Mögliche zur Sportinfrastruktur wissen und irgend jemand muss ja die Grundlagen dafür auch erarbeiten. Das wird wohl auch die Fachstelle Sport tun. Weiter braucht es die Vernetzung mit den umliegenden Gemeinden auch in Sachen Sport, ebenso mit den übergeordneten Stellen von Kanton und Bund. Für all diese Aufgaben und noch viele weitere mehr, wie man der Botschaft auf Seite 17 entnehmen kann, braucht es eine zentrale Stelle, die auch mit den nötigen Ressourcen ausgestattet ist. Es geht also heute vielleicht nicht unbedingt um den früher entstandenen Schaden, sondern um früher entgangenen Gewinn, den es heute zu realisieren gilt. Deshalb finden wir, dass eine Stelle mit 100 % zur erfolgreichen Umsetzung des Sportkonzeptes durchaus begründet und gerechtfertigt ist.

Christoph Schmid: Nachdem wir lange auf das Sportkonzept gewartet und dieses im Einwohnerrat öfters verlangt haben, ist es uns nun endlich vorgelegt worden. Beim Sport handelt es sich um eine öffentliche Aufgabe der Stadt und auch der Region. Gerade bei den vielen Vorlagen zu Sportstätten ist es wichtig, dass wir jetzt vorwärts machen. Die Übersicht der Auslastung der Sportstätten ist, mit Blick auf neue Wünsche, wie z. B. die Dreifachsporthalle, hilfreich, um nachzuweisen, ob wirklich eine optimale Auslastung vorhanden ist. Wenn da erkannt würde, dass der Bedarf nach weiteren Sportstätten nicht ausgewiesen wäre, könnten wir auf die Dreifachsporthalle verzichten. Diese Arbeit benötigt Zeit und sollte jedoch dringend jetzt gemacht werden, mit der Fachstelle Sport. Wir sind der Meinung, dass es sich um keine Luxusvariante handelt, insbesondere wenn die Sportkommission und der Sportkoordinator das notwendige Stellenpensum für die Erfüllung der aufgeführten Aufgaben auf bis zu 185 Stellenprozent geschätzt haben. Zudem sind wir überzeugt, dass ein Mehrwert mit der Fachstelle Sport erbracht wird. Die Fraktion der SP Aarau ist mehrheitlich gegen den Rückweisungsantrag.

Gérald Berthet: Unsere Fraktion Grüne/JETZT! hat vor allem über zwei Punkte diskutiert: Braucht die Fachstelle Sport wirklich 100 Stellenprozent und wenn das so ist, wie ist es kontrollierbar, dass tatsächlich eine Verbesserung der jetzigen Situation eintritt. Unsere Fraktion möchte die Akzente vor allem dort setzen, wo es darum geht, die Förderung des Breitensportes weiter voranzutreiben und eine nachhaltige und ökologische Ausrichtung der Sportförde-

rung zu sichern. Das steht so im Konzept, aber Papier ist geduldig, und auch Leitbilder versprechen oft mehr, als sie halten. Uns geht es vor allem um eine qualitative, und nicht nur um eine quantitative Verbesserung. Zweifellos ist der Aufgabenkatalog für den Sportkoordinator sehr gross, was vermutlich eine Stelle mit 100 % rechtfertigen würde. Wir möchten einen innovativen Koordinator, der die Bedürfnisse sichtet, Entwicklungen aufnimmt und auch umsetzt. Das ist wahrscheinlich kein Bürojob, sondern ein Job, der viel Kontakt und Einblick vor Ort benötigt. Es sollte eine niederschwellige Anlaufstelle sein, die jeden Tag für die Bevölkerung und nicht nur für die Profis erreichbar ist. Wir hätten auch Ideen zur Qualitätsverbesserung: Einführung von reservierten Schwimmstunden im Hallenbad für Frauen sowie Offenhaltung, wenn möglich aller Sportstätten (indoor und outdoor), auch während einer Ferienabwesenheit des Hauswartes bei Schulanlagen; Senkung des Litterings nach Fussballmatches und eine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendkoordinator Daniele De Min. Ich hatte bei der Beratung in der Sachkommission den Eindruck, Herr Keller, als Auskunftsperson, habe durchaus einzelne dieser Vorschläge aufgenommen und als wichtig erachtet. Deshalb unterstützt die Mehrheit unserer Fraktion den stadträtlichen Antrag. Eine Minderheit unserer Fraktion möchte zuerst Daten sehen und könnte sich durchaus vorstellen, dass auch 60 oder 80 Stellenprozent genügen würden. Die Mehrheit unserer Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag der SVP aber ab.

Susanne Heuberger: Der SVP-Fraktion ist vorhin einmal mehr Misstrauen unterstellt worden. Ich habe mich wiederum gefragt, weshalb man jemandem nur deshalb, weil er eine andere Meinung vertritt, als erstes immer nur Misstrauen unterstellt. Wo bleibt hier im Rat die Wertschätzung gegenüber denen, welche anders denken? Es gehört zum guten Ton hier im Rat, dass man einander wertschätzen sollte. Mit solchen Aussagen dient man dem aber nicht.

Carlo Mettauer, Stadtrat: Es wurde in der Tat eine grosse Arbeit für dieses Sportkonzept durch die Sportkommission und den Sportkoordinator geleistet. Das Konzept musste von Grund auf neu erarbeitet werden, da die Vorgaben im alten Konzept nicht mehr viel mit der heutigen Situation zu tun hatten. Pflegen, Koordinieren, Synergien schaffen, Verwalten, Umsetzen und vor allem professionelles Arbeiten, das alles sind wichtige Punkte für die Zukunft. Mit den Datenblättern wurde der aktuelle Stand erfasst. Im Moment kommen gehäuft und massiv Investitionen bei Anlagen auf uns zu: Diese Anlagen müssen nun halt, nach einer gewissen Lebensdauer, renoviert werden. Das ist der bauliche Aspekt. Bezüglich Betrieb und Umsetzung möchte ich nun nicht auf jedes einzelne Votum eingehen. Sie haben es aber immer wieder ausgesprochen, dass es um die bessere Bewirtschaftung und Koordination der Hallenbelegungen, z. B. auch am Wochenende und in den Ferien, geht. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass sich der Sport auf die gesamte Bevölkerung auswirkt: Vom Säugling bis zu den Seniorinnen und Senioren, im Vereinsleben, bei den Freizeit- und Breitensportlern, usw., überall ist Sport wichtig. Da reicht es nicht aus, nur zu koordinieren. Dafür soll eine eigentliche Fachstelle mit einem breiten Aufgabengebiet geschaffen werden. Diese Arbeit kann nicht von einer Kommission übernommen werden. Natürlich haben wir immer etwas mit der Kulturstelle verglichen, bei welcher es sich auch um ein griffiges Instrument handelt. Die Kulturstelle setzt ebenfalls die alltäglichen Aufgaben um und wird durch eine Kommission begleitet. All die wichtigen Aufgaben, welche auf Seite 17 des Sportkonzeptes aufgelistet sind, können nicht einfach der Verantwortung einer Kommission oder der Vereine übergeben werden. Auch die Vereine sind heute anders positioniert, und das Vereinsleben funktioniert anders als früher. Es gibt eine breitere Palette von Trend- und Breitensportarten, die zu bewältigen ist. Wir haben es vorhin bei der Anfrage von Markus Hutmacher gehört, dass auch stark auf Gerechtigkeit geschaut wird. Selbstverständlich sind wir sehr um Gerechtigkeit bemüht. Wir

haben viele neue, innovative Ansätze, welche wir in unserer Stadt auch fördern. So unterstützen wir seit einigen Jahren das Rolling Rock, welches ja ein neues Segment darstellt, das vor 40 Jahren noch nicht vorhanden war. Es kann nicht einfach gesagt werden, dass etwas, das vor 60 Jahren funktioniert hat – ohne dass ich jetzt vergleichende Beispiele heranziehen will – heute noch genau gleich funktioniert. Da werden Sie mir wirklich recht geben müssen: Die Vernetzung, die Koordination, die Medienarbeit, die Technik wie auch die Haltung der einzelnen Anspruchsgruppen kann mit einer solchen Fachstelle Sport in Zukunft anders betreut und umgesetzt werden. Ich komme nun zu den Stellenprozenten: Natürlich müsste es auch mit weniger Prozenten funktionieren, wenn das so gewünscht wird, aber wir wollten wirklich die tatsächliche Situation abbilden. Die in der Begründung zum Rückweisungsantrag als "Wünschbares" oder "2. Priorität" genannten Punkte haben wir bereits so im Vergleich mit den anderen Gemeinden umgesetzt. Diese Gemeinden sind übrigens in der Vorlage nicht abschliessend aufgeführt worden, haben wir doch sogar Gemeinden aus dem Ausland, mit interessanten Modellen beigezogen. Die Vergleichbarkeit mit Zug hat mit dem Angebot und der Bevölkerungsgrösse zu tun. Aarau ist eine Kantonshauptstadt und hat deshalb, ob wir nun wollen oder nicht, einfach auch gewisse Aufgaben der Region zu übernehmen. So müssen wir den Lead in dieser Angelegenheit haben. Nach seriöser Betrachtung all dieser Aufgaben ist man auf die Zahl der 170 Stellenprozent gekommen. Selbstverständlich wurde konkret geprüft, wo Synergien möglich sind. Deshalb ist der Antrag nun so vorliegend, die Fachstelle Sport in der Sektion Finanzen und Liegenschaften anzusiedeln, weil dort bereits bestehendes Know-how genutzt werden kann. Die nicht durch die Fachstelle Sport abgedeckten Stellenprozentage können so in dieser Sektion aufgefangen werden. Dadurch konnte ein griffiges Modell geschaffen werden, bei dem auch die Stellvertretung unkompliziert gewährleistet ist. Wie wir gehört haben, sollte die Fachstelle Sport der Bevölkerung ja an jedem Arbeitstag zur Verfügung stehen und zusätzlich all die hier subsumierten Aufgaben wahrnehmen. Es wäre ein Einstieg und eine Chance für die Stadt Aarau, auch in diesem Bereich ein professionelles Zeichen zu setzen, damit die Aufgaben auch wirklich ernsthaft umgesetzt werden können. Diese Aufgaben, die zum Teil auch auf Bestellung des Einwohnerrates entstanden sind, wurden seriös und gut analysiert. Dies haben Sie ja auch bestätigt, wofür sich der Stadtrat bedankt. Im Namen des Stadtrates beantrage ich Ihnen deshalb die Ablehnung des Rückweisungsantrages und die Zustimmung zu unserem Antrag mit 100 Stellenprozenten.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP:

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 23 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Somit steigen wir in die Beratung ein. Es liegt ein Abänderungsantrag der FDP zu diesem Geschäft vor.

Rolf Wespi: Die FDP ist froh, dass das Sportkonzept nun endlich vorliegt und auch diesen Namen verdient. Es ist sehr seriös, ausführlich und professionell erarbeitet worden und dafür danken wir allen Beteiligten. Es ist für uns klar, dass man für die Umsetzung dieses Sportkonzeptes mehr Stellenprozentage benötigt. Uns stört hingegen immer wieder, dass neue Stellen ohne Kompensationen geschaffen werden. Es wird bei den Stellen immer nur auf- und nie abgebaut. Wir wissen alle und sehen es auch noch im Verlaufe dieser Sitzung, wie unsere

Rechnung aussieht. Irgendwo müssen wir dennoch einmal zu sparen beginnen. Deshalb stellt die FDP folgenden Abänderungsantrag:

Die Fachstelle Sport sei zu bewilligen. 60 Stellenprocente sollen neu geschaffen werden. 40 Stellenprocente sollen durch bestehende Stellen der Verwaltung kompensiert werden.

Ich möchte Sie bitten, in diesem Sinne etwas für die Sparmassnahmen der Stadt Aarau zu unternehmen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir eröffnen nun die Diskussion zu diesem Geschäft inklusive dem Abänderungsantrag der FDP. Anschliessend werden wir über den Abänderungsantrag abstimmen, bevor wir zur Schlussabstimmung kommen.

Christoph Schmid: Die SP-Fraktion hat das erarbeitete Konzept zur Einführung Fachstelle Sport geprüft. Es wurde in den letzten Jahren leider viel zu wenig für den Sport gemacht. Der Stadtrat hat die Defizite bei den Sportanlagen und in der Sportförderung richtigerweise erkannt und will nun handeln. Gerade bei den Sportstätten haben wir grossen Nachholbedarf bei der Infrastruktur. Letzte Beispiele waren die KEBA und die Schachenhalle. Dies sind Projekte, welche eigentlich bereits viel früher hätten behandelt werden müssen, bevor z. B. erst die Drohung einer Schliessung bei der KEBA uns zum Handeln zwingt. Wir sehen, dass die Vernetzung im Sport notwendig und wichtig ist. Um im Sport für die ganze Region attraktiv zu bleiben, ist eine professionelle Anlaufstelle wie die Fachstelle Sport dringend nötig. Im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Bereichen, z. B. Kultur, ist Sport deutlich weniger gut vernetzt. Der neu eingeführte Sportapéro ist ein erster, guter Anfang. Das Sportkonzept ist ein umfangreiches Dossier. Dies macht aber nur Sinn, wenn wir auch die geforderte Stelle mit 100 % bewilligen und das Konzept umgesetzt werden kann. Nachdem viele Aufgaben für den Sport bis jetzt von verschiedenen Stellen erledigt wurden, sehen wir den positiven Nutzen, dies konzentrierter auf einer Stelle umzusetzen. Wir erhoffen uns eine effizientere und professionellere Erledigung der anstehenden Aufgaben. Offen gelassen werden sollte, ob die Arbeit der 100 %-Stelle allenfalls auch auf 2 Personen verteilt werden könnte. Bei den Förderrichtlinien ist es für uns zwingend, dass bei der Förderung des Sportbetriebs auch kleine Sportvereine und Randsportarten berücksichtigt werden. In der Botschaft, auf Seite 6, wird gemäss Benutzerumfrage und aus Benutzersicht bei den fehlenden Anlagen u. a. die Kletterhalle aufgelistet. Mit einer Fachstelle Sport und dem neuen Sportkonzept hätte mit rechtzeitiger Voraussicht eine Abwanderung der Kletterhalle vermieden werden können. Die Kletterhalle weist einen grossen Bedarf aus und will in Lenzburg noch weiter ausbauen. Dieser Zug ist für Aarau leider bereits länger abgefahren. Der uns jetzt vorliegende Vorschlag ist ein Kompromiss, doch wenn wir eine "Sportstadt" bleiben wollen, ist dieser Schritt der richtige, auch im Sinne von "Aarau, eusi gsund Stadt". Wo denn die 40 Stellenprocente kompensiert werden sollten, das möchten wir noch hören, das wäre für uns auch noch interessant. Die SP-Fraktion stimmt allen vier Anträgen des Stadtrates zu.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich spreche zu euch als Mitglied der Sportkommission. Vorab möchte ich all meinen Kolleginnen und Kollegen der Sportkommission für die intensive Zusammenarbeit und das sehr grosse Engagement während der letzten fünfzehn Jahre danken. Ein besonderer Dank geht an Roland Keller. Er hat unser Team mit viel Energie und klaren Vorstellungen geleitet. In dieser Zeit ist er Sport-Ansprechpartner gewesen für die Verwaltung, die Sportvereine, die Bevölkerung, das BKS, das BASPO, für Städte, Gemeinden und andere Kantone, die mit Interesse die Entwicklung in Aarau verfolgt und unser

Know-how bewundert haben und ebenfalls gerne bei sich gehabt hätten. Der Sportkoordinator ist intern wie extern die kompetente Drehscheibe und hat sich, nebst dem Sportkonzept, auch mit Abklärungen rund um die Schachenhalle, das Torfeld Süd, usw. befasst. Und nun gilt es, all dieses Wissen und das Netzwerk in kompetente Hände weiterzugeben – an unsere neue Sportfachstelle. Die Sportfachstelle entspricht einem ausgewiesenen Bedürfnis, das aus der Umfrage bei allen Sportvereinen klar hervorgegangen ist. Das Sportkonzept ist sehr durchdacht und transparent. Unsere Fraktion schätzt das umfangreiche GESAK, welches nebst unseren Hallen auch die Aussenplätze, Spielplätze, usw. umfasst. Für uns ist wichtig, dass die Sportfachstelle mit klaren Prioritäten arbeitet und nach Bedürfnis reagiert. Betrachtet man die Aufgaben der Fachstelle Sport, so sieht man, wie vielseitig diese Aufgabe sein wird und vor allem, wie sinnvoll und kosteneffizient die Lösung mit einer Stelle ist: Mit einer Stelle, welche den Gesamtüberblick hat, können in Zukunft auch grosse Ausgaben gleichmässiger und damit budgetverträglicher geplant werden. Die Sportfachstelle bringt also nur Vorteile, für die Verwaltung und für die gesamte Aarauer Bevölkerung. Und wenn ich erwähne, wie oft sich Personen bei uns nach der Sportfachstelle erkundigt haben, wird ebenfalls ganz klar, dass die Aarauer Bevölkerung hinter einer Sportfachstelle steht. Ich bin stolz, dass ich in dieser Sportkommission mitwirken durfte und freue mich, wenn wir heute mit einem Ja zur Sportfachstelle einen wichtigen Schritt für den Sport in Aarau machen. Im Namen aller Sportvereine, der Schulen und der Sporttreibenden der Stadt Aarau bedanke ich mich bei allen, welche diese Stelle ebenfalls unterstützen.

Carlo Mettauer, Stadtrat: Ich möchte noch kurz etwas zu diesem Abänderungsantrag sagen: Der Stadtrat will bei diesen offen und klar ausgewiesenen, beantragten 100 Stellenprozenten bleiben. Diese Variante mit 60 % und 40 % ergibt zusammen natürlich auch 100 %. Das Volumen der Stelle ist also eigentlich unbestritten. Aber diese etwas unkonventionelle Aufteilung können wir nicht unterstützen. Wir sind zurzeit nicht in der Lage, in einer anderen Abteilung, wie zum Beispiel der Polizei, der Sozialen Dienste oder in der Stadtkanzlei, einfach eine Vakanz zu orten und dort 40 Stellenprozente wegzunehmen, um sie dieser Sportfachstelle zuzuweisen. Deshalb bleibt der Stadtrat bei seinem Antrag.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Vorabstimmung:

<p>Antrag FDP: <i>Die Fachstelle Sport sei zu bewilligen. 60 Stellenprozente sollen neu geschaffen werden. 40 Stellenprozente sollen durch bestehende Stellen der Verwaltung kompensiert werden.</i></p>	<p>21 Stimmen</p>
<p>Antrag Stadtrat: <i>Für die Fachstelle Sport seien 100 Stellenprozente sowie die einmaligen und wiederkehrenden Folgekosten zu bewilligen.</i></p>	<p>25 Stimmen</p>

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Der stadträtliche Antrag hat obsiegt. Somit kommen wir zu den

Schlussabstimmungen:

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt für die Fachstelle Sport 100 Stellenprozente sowie die einmaligen und wiederkehrenden Folgekosten.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Das Postulat der CVP Aarau vom 1. November 2005, "Aktualisierung Sportkonzept und Wiedereinführung Sportkommission", wird abgeschrieben.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Abstimmung über den Antrag 3:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Produktgruppe 26 "Sportbeiträge" wird in "Sport" umbenannt und der Anhang des WOSA-Reglementes vom 22. August 2005 wird entsprechend angepasst.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 4:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die neu definierten Aufgaben/Leistungen, Produkte, Zielgruppen und die Wirkungs- und Leistungsziele der Produktgruppe 26 werden genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

61. Jahresbericht 2010 der Einwohnergemeinde

Mit Botschaft vom 14. März 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft die folgenden

- Anträge**
1. *Der Jahresbericht für das Jahr 2010 sei gutzuheissen.*
 2. *Die Rechnung der Einwohnergemeinde Aarau für das Jahr 2010 sei zu genehmigen.*
 3. *Folgende Vorstösse des Einwohnerrats seien abzuschreiben:*
 - *Motion Christian Fritschi und Mitunterzeichner/-innen: Amtliche Anzeigen von Bestattungen/Beisetzungen in Aarau;*
 - *Wosa-Motion Oliver Bachmann: Einführung einer standardisierten Mitarbeitendenbefragung;*
 - *Motion Rainer Lüscher: Elektrischer Strom für stadteigene Bauten und für öffentliche Beleuchtung aus Wasserkraft – Eagle Power.*

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir beginnen mit den Voten allgemeiner Art, bevor wir die einzelnen Produktgruppen beraten.

Susanne Heuberger, Präsidentin FGPK: Am 27. April 2011 hat sich die FGPK mit dem Jahresbericht und der Rechnung 2010 auseinandergesetzt. Zu Beginn hat uns Hans Fügli zusammenfassend über Diskussionspunkte und Erkenntnisse der am Vortag stattgefundenen SAKO-Sitzung orientiert. Als Auskunftspersonen waren Stadtammann Marcel Guignard, die Leiterin der Abteilung Finanzen, Frau Madeleine Schweizer sowie der Controller, Herr Matthias Mundwiler, anwesend. Die konstruktive Zusammenarbeit haben wir sehr geschätzt, herzlichen Dank dafür. Im vorliegenden Rechnungsabschluss zeigt sich erstmals auch die per 1.1.2010 vollzogene Fusion mit Rohr. Dementsprechend resultiert ein grösseres Finanzvolumen. Ein Zahlenvergleich mit der Vorjahresrechnung ist deshalb schwierig und nur bedingt aussagekräftig. Auf der Ausgabenseite darf, gemessen an den Budgetvorgaben, festgestellt werden, dass diese dort, wo sie steuerbar waren, in etwa eingehalten worden sind. Weil aber die Budgetbeanspruchung bei den Zweijahresglobalbudgets im zweiten Jahr meist höher ausfällt, ist davon auszugehen, dass sich dieser Umstand negativ auf das Rechnungsergebnis 2011 auswirken wird. Einnahmenseitig liegt der erzielte Steuerertrag um 3,1 Millionen Franken unter dem Budget. In diesem Zusammenhang musste die FGPK an der Kommissionssitzung auch erneut darauf hinweisen, dass verwaltungsintern der Veranlagungsstand der Steuern zu tief und somit ungenügend ist. Diese Feststellung findet sich auch im Prüfungsbericht der externen Revisionsstelle. Die Kommission interessierte sich deshalb im Besonderen für die Gründe des schlechten Veranlagungsgrades sowie für die vom Stadtrat bereits eingeleiteten Sofortmassnahmen. Mit der befristeten Aufstockung um 40 Stellenprozente, besetzt durch eine erfahrene Fachkraft, soll der Rückstand aufgearbeitet werden. Der in den letzten Jahren latent zu tiefe Veranlagungsgrad – er liegt aktuell bei 67,1% – sollte dabei auf einen Zielwert

von 80 bis 90 % gesteigert werden. Die im vergangenen Jahr erzielten Vermögenserträge beim Anlagefonds sind, im Vergleich zur guten Performance des Vorjahres, massiv tiefer ausgefallen. Der auch als Zinsgenerator für die Laufende Rechnung gedachte Anlagefonds erfüllt die Erwartungen bezüglich Zinserträge im Rechnungsjahr 2010 damit klar nicht. Die getätigten Nettoinvestitionen korrespondieren mit den Zahlen im Voranschlag. Um das hohe Investitionsvolumen von 20,5 Millionen Franken zu realisieren, musste erstmals seit 10 Jahren auch wieder Fremdkapital aufgenommen werden. Die FGPK hat sich ausführlich über die Herkunft der aufgenommenen Mittel informieren lassen. Dabei führten die Auskunftspersonen aus, dass 6,5 Millionen Franken extern – bei der Pensionskasse der Post – sowie 3,5 Millionen Franken intern – beim bestehenden Anlagefonds – aufgenommen worden sind. Aufgrund des niedrigen Selbstfinanzierungsgrades von 31,9 % erfolgte auch eine rasante Abnahme des Nettovermögens. Dieses verringerte sich allein im Berichtsjahr um beinahe 20 Millionen Franken und beträgt per Ende 2010 noch 139,1 Millionen Franken. Die FGPK erachtete in der Gesamtwürdigung der Jahresrechnung den Nettoaufwand als zu hoch. Entsprechende Aussagen macht auch der Bericht der externen Revisionsstelle. Explizit weist die Revisionsfirma darauf hin, dass in der Zeitspanne von 2005 bis 2009 in Aarau der Nettoaufwand um 10 Millionen Franken gestiegen ist. Verglichen mit der Stadt Baden, wo während derselben Zeitdauer eine Aufwandsteigerung um 5 Millionen zu verzeichnen war, betrug diese in der Stadt Aarau also das Doppelte. Die FGPK unterstützt deshalb die Empfehlung der Firma Gruber & Partner, eine vertiefte Analyse des Nettoaufwandes vorzunehmen. Seitens der Verwaltung und des Stadtrates wurde uns die entsprechende Bereitschaft signalisiert. Wie weit das operative Ergebnis der Aarauer Rechnung zukünftig beeinflusst und gestaltet werden soll, dazu ist im Stadtrat der Meinungsbildungsprozess noch im Gang. Sowohl für den Stadtrat als auch für die FGPK sind verschiedene Ansätze möglich. Im Rahmen des Politikplans wird die Behörde entsprechende Antworten formulieren. Ob und wie diese Ansätze umgesetzt werden, wird sich spätestens in der Budgetdebatte im Herbst zeigen. Einstimmig empfiehlt Ihnen die FGPK die Gutheissung bzw. Genehmigung von Jahresbericht und Rechnung 2010. Im Rahmen ihres Kompetenzbereiches empfiehlt sie Ihnen auch die Abschreibung der jeweiligen Motionen. Zum Schluss geht ein herzliches Dankeschön an die städtische Finanzverwaltung für die wiederum tadellose Rechnungsführung. Mit grosser Fachkompetenz und Einsatzbereitschaft hat sie einmal mehr die ihr gestellten Aufgaben umsichtig und effizient bewältigt.

Hans Fügli, Präsident Sachkommission: An ihrer Sitzung vom 26. April 2011 hat die Sachkommission den Jahresbericht sowie die Rechnung für das Jahr 2010 behandelt. Die Auskunftspersonen waren erstmals wiederum bis zum Schluss der Beratung und der Abstimmung anwesend. Wie jedes Jahres sind uns der Stadtammann, Marcel Guignard, die Chefin Finanzen, Madeleine Schweizer und der Controller, Matthias Mundwiler, als Auskunftspersonen zur Verfügung gestanden. Zuerst möchte ich im Namen der Kommission der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit herzlich danken. Ein spezieller Dank gilt allen, die an diesem umfangreichen Werk, dem Jahresbericht 2010, mitgearbeitet haben. Es ermöglicht uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern, sich ein gutes Bild darüber zu machen, wohin das Geld geflossen ist und weshalb im letzten Jahr das Geld vielleicht nicht oder noch nicht geflossen ist, um das etwas vereinfacht auszudrücken. Zuerst nun zur Beratung der Erfolgskontrolle und der Übersicht: Beim Abschnitt Erfolgskontrolle sind die Auskunftspersonen gefragt worden, warum das Ziel "Umweltschutz und Energieprogramm aktualisieren" nicht erfüllt worden ist. Die Antwort der Auskunftsperson lautete, dass der Energieplan letztes Jahr nicht fertig gestellt werden konnte. Kurz ist in der Kommission das Thema Littering angeschnitten worden. Die Auskunftspersonen bestätigten die Beobachtungen der Kommission, dass trotz Plakatkampagne und Bussenverteilung nur wenig Besserung sichtbar ist. Erhebungen von Depotge-

bühren auf Verpackungen sind laut Auskunftspersonen aber ohne gesetzliche Grundlagen nicht möglich. Beim Abschnitt "Übersicht zur Jahresrechnung" hat sich die Kommission nach den Gründen erkundigt, weshalb der Selbstfinanzierungsgrad so stark abgefallen ist. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass vor allem die Einnahmen der juristischen Personen 2009 regelrecht eingebrochen seien und deshalb der Selbstfinanzierungsgrad stark gesunken sei. Die Steuereinnahmen werden auch in den nächsten Jahren vor allem bei den juristischen Personen nicht mehr so reichlich fließen, wie noch vor der Krise, sodass der Selbstfinanzierungsgrad weiterhin schlecht bleiben wird und Aarau einen starken Vermögensabbau machen muss, wenn weiterhin jedes Jahr so stark investiert wird. Auch werden neue, fremd gesteuerte Aufwendungen die Laufende Rechnung in Zukunft stärker belasten. Zur Frage, ob aus Steuersicht die "falschen" Leute nach Aarau zum Wohnen gelockt werden, erläuterten die Auskunftspersonen, dass man den Wohnungsmarkt nicht direkt steuern könne und es bekannterweise in Aarau ja keine grossen, attraktiven Landreserven mehr gäbe, trotz der Fusion mit Rohr. Zur Investitionsrechnung ist aus der Kommission gefragt worden, weshalb in den Eigenwirtschaftsbetrieben Altersheim und Alterssiedlung nur wenig investiert und einige Investitionen verschoben worden sind. Die Auskunftspersonen haben bekannt gegeben, dass die Planungsarbeiten noch im Gange seien, und dass zuerst eine Gesamtschau vorgenommen werden müsse. Zum Schluss hat die Kommission wissen wollen, ob ein Verkauf von IBA-Aktien in Betracht gezogen wird. Hier antworteten die Auskunftspersonen folgendermassen: Wenn man das Vermögen zur Finanzierung der Investitionen abbaue, steige die Selbstfinanzierung zwar, die Erträge aus dem Vermögen würden dann aber auch wegfallen. Anschliessend hat die Kommission über die einzelnen Produktgruppen diskutiert. Zu den Produktgruppen 20 - 26: Die Kommission hat zur Kenntnis nehmen dürfen, dass das Kulturbudget eingehalten worden ist. Erfreulich ist, dass im Stadtmuseum, dank der Erschliessung der Meyerschen Stollen am Bahnhof, mehr Besucher als budgetiert zu verzeichnen sind. Auch die Auslastung des KuK ist erfreulich, wobei eine Steigerung der kommerziellen Anlässe wünschenswert wäre. Zu den Produktgruppen 30 - 32: Auf die Frage der Kommission nach einer Zeitangabe, bis wann sich die Schulpflege nur noch strategischen und nicht mehr operativen Zielen widmen könne, antwortete die Auskunftsperson, dass die Schulpflege z. B. ein Grobkonzept für die Personalentwicklung erstellt habe und der Leiter der Schule für die Umsetzung besorgt sein sollte. An dieser Stelle möchte die Kommission auch der Schulpflege für ihre geleistete Arbeit im vergangenen Jahr danken. In der Produktgruppe 32, Musikschule, konnten zwei Fragen beantwortet werden: Das seit langem erwartete Musikschulreglement liege bei der Schulpflege zur Bearbeitung und die neuen Kadettenuniformen würden am Jahreskonzert der Öffentlichkeit präsentiert. Zu den Produktgruppen 40 - 46: Die Kommission stellte fest, dass die Fallzahlen bei der gesetzlichen Sozialarbeit (Produktgruppe 40) massiv zugenommen haben. Bei der freiwilligen Sozialarbeit (Produktgruppe 41) hat sich die Kommission nach dem Grund erkundigt, warum bei der Schulsozialarbeit die Kurzkontakte sehr stark zurückgegangen seien. Dies sei ein gutes Zeichen und deute darauf hin, dass das Angebot der Schulsozialarbeit in den Schulhäusern bekannt sei und die Früherkennung Wirkung zeige. Zur Frage nach fehlenden Säuglingsbetreuungsplätzen bemerkten die Auskunftspersonen, dass die Stabsstelle FuSTA das Problem erkannt habe. Eine Bedarfsabklärung ist auch im Stadtteil Rohr durchgeführt worden. Massnahmen dazu werden eingeleitet, was sehr erfreulich ist. Zur Produktgruppe 42, Jugend, machen wir den Hinweis, dass auf der Homepage der Stadt Aarau neu auch das Angebot für Jugendliche heruntergeladen werden kann. Bei der Produktgruppe 46, Alter, hat die Kommission bedauert, dass keine alljährliche Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner bzw. deren Angehörigen möglich ist. Zu den Produktgruppen 50 - 51: Hier hat die Kommission auf die Frage nach ersten Erfahrungen der Jugendpolizei die Antwort erhalten, dass es für Erfahrungswerte noch zu früh sei. Auch die Patrouillentätigkeit sei nicht

im geplanten Umfang erfolgt. Die Jugendpolizei sei dafür mehr in den Schulen eingesetzt worden. Die Kommission stellte auch fest, dass trotz vermehrter Kontrollstunden im Aussen-dienst die Bussenerträge tiefer ausgefallen sind. Zu den Produktegruppen 70 - 73: Bei der Produktegruppe 70 hat die Kommission das Thema Winterdienst kurz diskutiert. Einige Per-sonen sind der Meinung, es werde zu schnell Schnee geräumt und Salz eingesetzt. Die Aus-kunftspersonen wiesen darauf hin, dass die Zufriedenheitsbefragung im letzten Jahr ergeben habe, dass die Bevölkerung klar eine rasche Schneeräumung wünsche. In der Produktegruppe 72 ist von Seiten der Kommission bemerkt worden, dass die Abfallmenge im Stadtteil Rohr deutlich zurückgegangen sei. Rohr habe bislang keine Sackgebühren gehabt und deshalb sei es vermutlich zu Kehrricht-Tourismus gekommen. Zur Investitionsrechnung hat es keine Fra-gen gegeben. In der Schlussdiskussion haben alle Kommissionsmitglieder die Arbeit der Stadtverwaltung gewürdigt. Der Jahresbericht ist sehr ausführlich, das wird verdankt. Die Sachkommission hat sich auch kurz zu den nicht gerade rosigen finanziellen Zukunftsaussich-ten geäußert. Mehrheitlich wurde verlangt, dass sicher Massnahmen auf der Einnahmen-, aber auch auf der Ausgabenseite ergriffen werden müssen, damit die Stadt Aarau ihr ver-gleichsweise grosses Angebot auch in Zukunft beibehalten kann. Bei den Schlussabstimmun-gen wurden alle drei stadträtlichen Anträge einstimmig unterstützt. Die Sachkommission empfiehlt dem Einwohnerrat ein klares Ja zu allen drei Anträgen.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP hat den Rechenschaftsbericht 2010 studiert und zur Kenntnis genommen. Die positiven Resultate sind schnell zusammengefasst: Die Eigenfinanzierung ist um rund 1 Mio. Franken höher als budgetiert ausgefallen. Die geplanten Investitionen sind zu hohen 80 % realisiert worden. Die Steuereinnahmen sind wieder kräftiger geflossen, als im vorangegangenen Rezessionsjahr. Das Nettovermögen liegt noch immer auf einem hohen Wert von rund 140 Mio. Franken. Die weiteren Erkenntnisse des Berichtes sind aber ernüch-ternd: Die Steuereinnahmen sind unter dem Budget geblieben. Die laufenden Kosten sind weiter gestiegen. Die Personal- und Sachkosten, die den Grossteil der steuerbaren Kosten ausmachen, sind in einem Jahr um nicht weniger als 5 % oder 3,5 Mio. Franken angewachsen. Mit 6,5 Mio. Franken finanzieren wir unsere Investitionen gegenwärtig nur zu einem kleinen Teil selber, was langfristig zu wenig ist. Insgesamt ist diese Situation für die FDP nicht über-raschend. Seit langem weisen wir darauf hin, dass der Nettoaufwand zu stark ansteigt und zu hoch ist und unsere Investitionen zu teuer sind. Seit Jahren fordern wir deshalb, dass der Stadtrat seine operative Führungsfunktion wahrnimmt und seine Instrumente auch nutzt. Konkret heisst das, dass zuerst im Budgetierungsprozess pro WOSA-Produktegruppe der Net-toaufwand mit klaren Sparzielen zu reduzieren ist. In einer Politikplanperiode sind 5 bis 10 % realistisch, das machen die Unternehmungen auch so. In einem ersten Jahr sind 2 bis 3 % auch realistisch. Diese Forderung entspricht nicht einer ideologischen Position, sondern ist eine einfache, betriebswirtschaftliche Notwendigkeit: Wenn die Einnahmen nicht mehr sprudeln, ist die Erledigung der eigenen Aktivitäten zu überprüfen. Die Ausgaben sind den Ein-nahmen anzupassen und nicht umgekehrt. Werfen wir einmal einen Blick auf die letzten Jah-re: Sind vom Stadtrat diese Vorgehensvorschläge oder Forderungen auch nur in Ansätzen ernst genommen oder in Teilschritten umgesetzt worden? Kurz gesagt: Nein, eigentlich nicht. Heute liegt uns jetzt ein externer Bericht der Revisionsgesellschaft Gruber & Partner vor, mit zwei ganz klaren Statements: 1. Die laufenden Kosten der Stadt Aarau sind zu hoch, und zwar sind sie pro Einwohner gegen 10 % höher als in Baden. Sie haben seit 2005 doppelt so stark zugenommen wie in Baden. Unser Mehrverbrauch beträgt 5 Mio. Franken pro Jahr, das sind nicht weniger als 8 Steuerprozent. 2. Unsere Investitionen sind über 20 Jahre gerechnet. Trotz all unserer investitionsschwachen Jahre liegen sie bei durchschnittlich rund 13 Mio. Franken pro Jahr. Nur Baden hat noch höhere Investitionen, besitzt aber über Jahrzehnte ein

besseres Steuersubstrat. Was heisst das übersetzt? Die überhöhten laufenden Kosten bedeuten, dass unsere Verwaltung eben nicht effizient arbeitet, obwohl aus gewissen Kreisen hier im Rat dauernd für die effiziente Arbeit gedankt und gelobt wird. Bei verschiedenen Anfragen, beispielsweise zur Kulturkoordination, wurde ersichtlich, dass etwa 5 bis 10 städtische Verwaltungsstellen daran beteiligt sind. Das ist einfach nicht effizient, das sind zu viele Stellen, die involviert sind. Es gibt viele solcher Beispiele, welche wir im Laufe der letzten Jahre hier im Rat besprochen haben. Die hohen Investitionen schliesslich bedeuten, dass unsere Einzelprojekte einfach zu teuer sind. Stichworte wie Abdankungshalle, Velostation, Schlössli oder KEBA sind aussagekräftig genug. Und was bedeutet das für uns? Wir könnten als FDP eigentlich froh sein, dass unsere seit langem so präsentierte Sicht bestätigt worden ist. Gleichzeitig müssen wir uns aber schon fragen, was denn Veranstaltungen wie diese hier heute Abend für einen Sinn haben, wenn der Stadtrat keine einzige Anregung in seine Entscheidungsfindung einbezieht. Das Milizsystem hätte ja eigentlich den Vorteil, dass Know-how aus Fachbereichen in die politische Arbeit einfliessen könnte. Diesen Möglichkeiten verschliesst sich der Stadtrat seit langem recht konsequent und in verschiedensten Bereichen. Die finanzielle Quittung haben wir mit der vorliegenden Rechnung und insbesondere mit dem Revisionsbericht präsentiert bekommen. Was sind unsere Schlussfolgerungen und was erwarten wir vom Stadtrat? Erstens soll der Stadtrat nun endlich seine Kernfunktion, die operative Führung der Stadtverwaltung wahrnehmen und im Budgetprozess 2012 klare Sparziele beim Nettoaufwand pro Produktgruppe vorgeben. Diese müssen insgesamt ein Einsparpotential von 1 bis 2 Mio. Franken auf Basis der Rechnung 2011 aufzeigen. Zweitens erwarten wir im Politikplan, der ja gelegentlich verabschiedet werden soll, dass dort aufgezeigt wird, wie die laufenden Kosten in der Planperiode bis 2015 um die angesprochenen 5 Mio. Franken gesenkt werden können. Dies soll ohne Leistungsabbau, sondern durch Effizienzsteigerungen in der Verwaltung passieren. Drittens erwarten wir, dass die Investitionen auf das Notwendige reduziert werden. Luxusvarianten sind möglich, wenn sie von Dritten finanziert oder mitfinanziert werden, aber nicht als Denkmäler des Bauamtes. Viertens sehen wir keine Steuerfusserhöhung, bevor das Sparpotential der ausgewiesenen 5 Mio. Franken nicht umgesetzt ist. Der Steuerzahler hat ein Recht darauf, dass seine Mittel effizient eingesetzt werden. Das heutige Steuersubstrat reicht bei effizienter Verwaltung für eine Eigenfinanzierung von 10 bis 12 Mio. Franken pro Jahr. 6 Mio. Franken haben wir bis jetzt selber erreicht, 5 Mio. Franken gibt es an Sparpotential. Mit diesen 10 bis 12 Mio. Franken pro Jahr müssen wir langfristig auskommen. Werden diese Rahmenbedingungen nicht erfüllt oder wird das Budget 2012 wieder in ähnlicher Art und Weise präsentiert, wie wir das aus den letzten Jahren kennen, werden wir eine entsprechende Motion vorbereiten, damit diese Ziele auch erreicht werden können. Die FDP-Fraktion nimmt den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis und unterstützt die stadträtlichen Anträge.

Ueli Hertig: Die Fraktion Pro Aarau - EVP/EW - GLP stellt erfreut fest, dass der Jahresbericht jedes Jahr informativer wird und wir möchte allen zuständigen Stellen für die gute Arbeit im letzten Jahr danken. Viele der Jahresziele wurden leider nicht erfüllt oder haben sich verzögert, speziell aufgefallen ist es uns im Bereich Stadtentwicklung/Bauwesen. Liegt es an der Zielsetzung oder an der ungenügenden Umsetzung? Wir sind der Meinung, dass die Jahresziele realistischer festgelegt und konsequenter umgesetzt werden müssten. Die Jahresrechnung der Stadt Aarau sieht einmal mehr schlecht aus und der budgetierte Steuerertrag wurde deutlich unterschritten. Leider hat die prognostizierte Erholung des Steuerertrags kaum stattgefunden. Dass der Veranlagungsstand bei den Steuern wiederholt ungenügend ist, können wir nicht verstehen. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt nochmals tiefer, bei bescheidenen 31,9 %, und für dieses Jahr ist ein noch viel tieferer Wert budgetiert. Unsere Fraktion erwartet im Poli-

tikplan Aussagen, wie der Finanzhaushalt der Stadt Aarau wieder ins Lot gebracht werden kann, denn die Stadt Aarau braucht, um den durchschnittlichen Investitionsbedarf zu decken, eine Selbstfinanzierung von rund 13 Mio. Franken. Die FDP sprach im Jahre 2002 von 10 Mio. Franken, das war aber noch vor der Fusion mit Rohr. So sind es nun sicher rund 13 Mio. Franken. So erwarten wir beim Ertrag verschiedene Varianten des Steuerfusses. Die kantonale Steuerreform bringt leider auch in Zukunft weitere Mindereinnahmen. Bei den Ausgaben möchten wir, dass dem Einwohnerrat die Konsequenzen klar aufgezeigt werden, was es bedeutet, wenn die Ausgaben um 5 oder gar 10 % gesenkt würden. Es wird sich zeigen müssen, welche Einsparungen politisch eine Mehrheit finden, denn das Ziel muss wirklich sein, die Selbstfinanzierung auf ein nachhaltiges Niveau zu bringen, sonst wird das zurückgestellte Vermögen sehr rasch aufgebraucht sein, und dadurch schwinden auch die heutigen Vermögenserträge. Unsere Fraktion wird aber weiterhin sinnvolle Investitionsvorhaben unterstützen, die als Werterhaltung, zur Förderung der Standortattraktivität und auch für unsere Zukunft sinnvoll sind. Diese zusätzlichen Investitionen können aus unserer Sicht problemlos aus dem vorhandenen Vermögen abgedeckt werden. Unsere Fraktion unterstützt alle vier stadträtlichen Anträge.

Oliver Bachmann: Die SP-Fraktion hat den Bericht und die Rechnung 2010 zur Kenntnis genommen. Auf Seite 30 der Rechnung haben wir bemerkt, dass das Einwohnerratsprotokoll gegenüber dem erwarteten Leistungsumfang im Jahre 2010 um 13 Seiten zu lang gewesen ist. Ich versuche, mich daher kurz zu fassen, damit der Leistungsumfang im Jahr 2011 nicht wieder überschritten wird. Allgemein erachtet die SP-Fraktion den Umgang mit den Finanzen durch den Stadtrat und die Verwaltung als verantwortungsvoll. Die Rechnung, die wir heute erhalten haben, ist das, was wir mit dem Budget 2010 im Herbst 2009 bestellt haben. Das haben wir erwarten müssen. Mit der Finanzlage der Stadt Aarau ist die SP-Fraktion allerdings nicht zufrieden. Wir erwarten, dass der Politikplan Massnahmen aufzeigt, wie der "turn around" geschafft werden kann. Bei einem städtischen Budget gibt es drei Handlungsmöglichkeiten, bei der Laufenden Rechnung, bei den Investitionen und beim Steuersatz. Alle drei Varianten sollen in Betracht gezogen werden. Dabei ist aber zu beachten, dass die Stadt Aarau auch in Zukunft prosperieren soll, für einen Kahlschlag bei der Laufenden Rechnung sind wir nicht zu haben. Wir erwarten daher eine saubere und strukturierte Überprüfung. Beim Steuersatz ist heute schon deutlich zu sagen, dass wir unter diesen Umständen nicht um eine Rücknahme der im Jahre 2008 gemachten Steuersenkung kommen werden. Die SP-Fraktion erwartet, dass wir aus den jährlichen Einnahmen mittelfristig wieder 10 bis 15 Millionen Franken für Investitionen zur Verfügung haben. Sollte die Selbstfinanzierung sogar unter Null sinken, und sollten damit aus den laufenden Einnahmen nicht einmal mehr die laufenden Ausgaben ohne Investitionen gedeckt werden können, wäre dies ein riesiges Problem. So etwas darf auf keinen Fall geschehen. Zum Schluss habe ich noch eine Bemerkung zur Produktegruppe 02, Stadtkanzlei: Wir haben festgestellt, dass die krankheits- und unfallbedingten Ausfalltage bei den städtischen Arbeitnehmenden auch dieses Jahr wieder über der Prognose lagen. Das ist nicht das erste Mal, dass wir das feststellen und auch nicht das erste Mal, dass wir darauf hinweisen. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er uns aufzeigt, welche Massnahmen er dagegen zu ergreifen gedenkt. In diesem Sinne wird die SP-Fraktion dem Bericht und der Rechnung 2010 zustimmen.

Sonja Eisenring: Es wurde schon viel gesagt heute Abend, ich möchte aber noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen anfügen: Das Budget wurde eingehalten und wir danken der ganzen Verwaltung für die diesbezüglich geleistete Arbeit und ihren Einsatz. Die Stadt Aarau hat netto 20,5 Mio. Franken investiert, davon aber nur 6,5 Mio. Franken aus der Laufenden

Rechnung finanziert. Damit ist der Selbstfinanzierungsgrad deutlich zu tief, was zur Folge hat, dass Vermögen eingesetzt werden muss. Sie erinnern sich sicher auch noch an die Jahre, in denen kaum investiert und realisiert werden konnte, da stieg das Vermögen an. Für die CVP ist ein gewisser Vermögensverzehr gewollt, für Panikmache und Aufschrei nach Steuererhöhungen ist, unserer Meinung nach, noch kein Grund gegeben. Es ist uns aber bewusst, dass es nun darum geht, die Weichen für die finanzielle Zukunft der Stadt deutlich und bewusst zu stellen. Gespannt warten auch wir darauf, was uns der Stadtrat im Rahmen des Politikplans vorlegen wird. Welche Massnahmen wird er vorschlagen, um das operative Ergebnis zu verbessern? Welche Antworten hören wir auf die kritischen Bemerkungen der Revisionsstelle? Interessant ist auch die Tatsache, dass der Nettoaufwand pro Aarauer Einwohner etwa 8,6 % höher ist als in Baden. Auch da sind wir auf eine Analyse gespannt. Wir erhoffen uns von den nun eingeleiteten Änderungen im Steueramt endlich die schon lange versprochene Verbesserung. Uns erscheinen die zeitnahe Veranlagung und das entsprechende Inkasso sehr wichtig. In diesem Sinne werden wir die Rechnung genehmigen und den übrigen Anträgen ebenfalls zustimmen. Wir warten jetzt gespannt auf den Politikplan.

Jürg Schmid: Die SVP-Fraktion hat den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2010 zur Kenntnis genommen und dankt allen Involvierten für die geleistete Arbeit. Wie wir schon gehört haben, ist die Rechnung mehr oder weniger im Rahmen des Budgets ausgefallen. Was bei uns in der Fraktion zu intensiven Diskussionen geführt hat, ist weniger die Entwicklung der effektiven Zahlen im Vergleich zum Budget, sondern der Vergleich mit den effektiven Zahlen aus Vorperioden, also die Entwicklung über die vergangenen Jahre betrachtet. Da hat sich nämlich mittlerweile eine besorgniserregende Scherenbewegung aufgetan. Den schrumpfenden Steuereinnahmen, insbesondere bei den Unternehmenssteuern, stehen auf der anderen Seite erheblich steigende Ausgaben gegenüber. Ein Teil davon ist nicht beeinflussbar, allerdings, wie der sehr ausführliche und interessante Bericht des externen Revisors aufzeigt, ist die Steigerung des beeinflussbaren Verwaltungsaufwandes in Aarau im Vergleich mit anderen Gemeinden, insbesondere der Stadt Baden, überdurchschnittlich hoch. Eine der wichtigsten Aufgaben einer öffentlichen Institution ist der haushälterische Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir erwarten deshalb, dass der Stadtrat der Ursache des, im Vergleich mit der Stadt Baden innerhalb von fünf Jahren um gut 5 Millionen stärker gewachsenen, Verwaltungsaufwandes detailliert auf den Grund geht und Massnahmen zur Reduktion einleitet. Wir wollen nicht 250 Franken mehr pro Einwohner für denselben Verwaltungsaufwand bezahlen als in Baden. Mit der grösseren Einwohnerzahl sollten - dem Gesetz der "economies of scale" folgend - die Kosten pro Einheit in Aarau eigentlich sogar niedriger sein. Des Weiteren sind, nach unserer Auffassung, einige Kosten-/Ertragsverhältnisse bei bestimmten Objekten im Stadthaushalt zu untersuchen. Bei der Durchsicht des Jahresberichts 2010 fällt uns z. B. auf, dass das Kultur- und Kongresshaus im Jahre 2010 bei Vollkosten von 3,2 Mio. Franken lediglich einen Ertrag von 0,7 Mio. Franken erreicht hat; kein Wunder bei einer Auslastung von nur 37 % resp. 57 % in den Sälen. Im Schlössli werden Vollkosten von 1,8 Mio. Franken aufgezeigt, bei Einnahmen von gut 0,1 Mio. Franken. Die Aufwände dürften dort nach dem Neubau noch erheblich steigen, und was passiert mit den Einnahmen? Es gibt sicher noch weitere, vergleichbare Fälle mit unvorteilhaften Kosten-/Ertragsverhältnissen, welche hier aufgeführt werden könnten. Hier ist nach unserer Meinung die Kreativität des Stadtrates zusammen mit der Verwaltung gefordert, das Aufwand-/Ertragsverhältnis bei diesen Objekten umgehend und erheblich zu verbessern. Mit der Aufnahme von 6,5 Mio. Franken Fremdkapital bei einer Drittpartei, 3,5 Mio. Franken wurden ja bekanntlich beim Anlagefonds zu den gleichen Konditionen bezogen und so haben wir uns mit dem Anlagefonds nun definitiv auf das Gebiet der Spekulation begeben. Spekuliert wird nämlich, dass mit dem zu-

künftigen, ungewissen Gewinn der angelegten Gelder die Zinskosten von zurzeit 1,18 % - was zugegebenermassen ein sehr vorteilhafter Zinssatz ist - übertroffen werden könnten. Die Performance des Anlagefonds im 2010 lag allerdings bei mageren 1,03 %. Isoliert betrachtet ist die Rechnung im Jahre 2010 also schon einmal nicht aufgegangen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass die Verwaltung des Vermögens im Anlagefonds eine gewisse Arbeitszeit von Verwaltungsangestellten absorbiert, einen Anlageausschuss erfordert und, so glaube ich, auch den Beizug eines externen Spezialisten benötigt, also kurz gesagt, auch noch zusätzliche Kosten verursacht. Wir bleiben dabei, Spekulation gehört nicht zu den Aufgaben einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft und entspricht, nach unserer Auffassung, auch nicht einem haushälterischen Umgang mit Geldern, insbesondere nicht mit Steuergeldern. Der externe Revisor weist in seinem Bericht auch auf den niedrigen Veranlagungsgrad bei den Steuern hin. Wir begrüssen grundsätzlich die eingeleiteten Massnahmen beim Steueramt, um den bei den Veranlagungen entstandenen "back log" aufzuarbeiten. Wie durch die FGPK im vergangenen Jahr bereits bemängelt wurde, muss der Veranlagungsgrad von gegenwärtig 67,1 % klar gesteigert werden. Diese Zahl sollte unserer Meinung nach in den Bereich von 90 % gebracht und entsprechend soll das Ziel im nächsten Budget auch angepasst werden. Noch ein paar Bemerkungen zum Steuersatz: Dieses Thema erscheint ja regelmässig. Mit 94 % weist Aarau, im Vergleich mit vielen anderen Gemeinden im Kanton, einen attraktiven Satz aus. Aber ist der Steuersatz tatsächlich der richtige Indikator für einen Vergleich der Steuereinnahmen? Wir leben ja nicht von den Prozentsätzen, sondern von Franken und Rappen, und dabei gilt es zu beachten, dass 94 % in Aarau geldmässig nahezu der Steuerkraft von 108 % in Lenzburg entsprechen. Mit anderen Worten, die Steuereinnahmen pro natürliche Person sind in Aarau bei 94 % genau gleich hoch wie in Lenzburg mit 108 %. Bemerkenswert erscheint uns dazu die Tatsache, dass von den im Bericht des externen Revisors aufgeführten Vergleichsgemeinden nur Baden mit einer Steuerkraft von 3'230 Franken (bei 95 % aktuellem Steuersatz) eine höhere Steuerkraft aufweist als Aarau (bei 94 %). Alle anderen in diesem Bericht erwähnten Gemeinden - u. a. Wettingen, Zofingen oder Brugg - liegen mit deren aktuellen Steuerfüssen bis zu 600 Franken tiefer, als der von Aarau erreichte Wert von gut 2'900 Franken. Aarau hat also den zweitgrössten Frankenbetrag pro Steuerzahler zur Verfügung. Ich denke, wir sind uns einig: Der Aarauer Finanzhaushalt muss verbessert werden und es besteht wirklich Handlungsbedarf. Es kann allerdings nicht sein, dass das entstandene und eventuell sich sogar weiter vergrössernde Loch einfach mit höheren Beiträgen aus den Taschen der Steuerzahler gestopft wird. Aufgrund vorheriger Schilderungen sind wir klar der Meinung, dass nun in erster Linie ein wirkungsvolles Zeichen des Sparwillens seitens des Stadtrates erfolgen muss. Dem vorliegenden Jahresbericht 2010 und der Jahresrechnung sowie den beiden anderen Anträgen des Stadtrates stimmt die SVP-Fraktion einstimmig zu.

Lelia Hunziker: Ich halte mich zum Schluss der Beratung ganz kurz, denn vieles haben wir bereits gehört, wie z. B. arge Steuereinnahmen, hohe Investitionen, grosser Vermögensverzehr und hoher Nettoaufwand. Wir haben also tendenziell sinkende Einnahmen und hohe Kosten – oder sogar steigende Kosten. Je nach politischem Couleur gibt es verschiedene Arten, auf diese Situation zu reagieren: Ausgaben senken und Einnahmen beibehalten, oder Ausgaben beibehalten und Einnahmen steigern oder Ausgaben senken und Einnahmen steigern. Und jede Variante kennt wieder verschiedene Spielarten - also eine Vielzahl von Lösungen. Deshalb möchten wir heute Abend vor Schnellschüssen warnen. Es darf jetzt nicht sein, dass von nun an der Geldhahn zugezogen wird. Und auch wenn es viele nicht gerne hören: Der Steuerfuss von Aarau liegt tief, sehr tief, sogar viel tiefer als der kantonale Mittelwert von 103,3 %. Es bedarf nun bestimmt sorgfältiger Analysen, um mögliche Sparpotenziale zu finden oder auch mögliche Gründe für die zum Teil sehr hohen Ausgaben zu eruieren. Auch wir sind sehr

gespannt auf die im Politikplan präsentierten Massnahmen. Die Fraktion Grüne/JETZT! unterstützt alle stadträtlichen Anträge und bedankt sich an dieser Stelle bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur Detailberatung, bevor der Stadtrat das Schlusswort hat. Anschliessend führen wir die einzelnen Abstimmungen durch.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu den einzelnen Kapiteln und Produktgruppen mehr vor.

Marcel Guignard, Stadtmann: Ich kann mich relativ knapp fassen, weil die wichtigen Feststellungen, welche zu diesem Jahresbericht und der Jahresrechnung gemacht werden können, bereits von allen getroffen worden sind. Vorab bedankt sich der Stadtrat für die gute Aufnahme der Rechnung in formeller Hinsicht. Es herrscht die Meinung, dass der Rechenschaftsbericht in den letzten Jahren an Aussagekraft gewonnen hat und auch von der Darstellung und Lesbarkeit her gut ist. Der Stadtrat dankt auch für die sehr einlässlichen und sachlichen Diskussionen, die in den beiden vorberatenden Kommissionen stattgefunden haben, bei denen der Stadtrat wieder bis am Schluss anwesend sein durfte, was er ausserordentlich schätzt. Der Stadtrat weiss dadurch, was die Mitglieder der Kommissionen tatsächlich denken, bevor sie zur Abstimmung schreiten. Das ist sehr wichtig und der Stadtrat ist froh, dass man auf den damaligen Entscheid zurückgekommen ist. Sie haben selber festgestellt, dass der Vergleich der Rechnung mit dem Budget eigentlich zufriedenstellend ist. Aber was den Selbstfinanzierungsgrad anbelangt, das haben Sie ebenfalls festgestellt, besteht Handlungsbedarf. Es ist Ihnen nicht zu verargen, dass jetzt alle Hoffnungen auf die grossen Vorschläge des Stadtrates, die er im Politikplan vortragen sollte, gesetzt werden. Es kann jetzt schon gesagt werden, dass diese Aufgabe nicht so leicht zu bewältigen ist, wie man vielleicht meint. Es geht nicht nur darum, allfällige Kosten einzusparen, an deren Ausgaben sich man bis jetzt gewöhnt hatte. Es kommen einige Ausgaben neu dazu, z. B. Spitalfinanzierung, Pflegefinanzierung und Steuergesetzrevision. Das sind namhafte Millionenbeträge, welche uns in Zukunft aufgebürdet werden. Deshalb wird es nicht so sein, dass kurzfristig das Steuerruder einfach gedreht werden kann, das haben Sie ja auch selber erkannt, und man wird sich gut überlegen müssen, wie man vorgehen soll. Gewisse Sachen werden sofort an die Hand genommen werden können, das ist klar, andere Massnahmen werden eher mittelfristiger Natur sein. Wieder andere müssen über eine längere Zeit hinweg und sorgfältig angepackt werden. Die Strukturen, wie wir sie jetzt antreffen, hat nicht der Stadtrat im Alleingang geschaffen, sondern waren immer ein "Ping-Pong-Spiel" zwischen Exekutive und Einwohnerrat. Es sind Wünsche angebracht und Bestellungen gemacht worden, politische Auseinandersetzungen haben stattgefunden, Projekte und Stellen sind bewilligt worden. Diese Arbeit fand immer im Austausch zwischen Stadtrat und Einwohnerrat statt. Wir alle haben festgestellt, dass wir in den letzten Jahren gegenüber der Stadt Baden auf der Aufgabenseite um einiges mehr zugelegt haben. Ein wichtiger struktureller Unterschied besteht auch im Bereich der Erträge. Baden kann bei den juristischen Personen mit ganz anderen Steuererträgen rechnen als die Stadt Aarau. Es ist natürlich nicht zu verschweigen, dass die Pro-Kopf-Ausgaben in den letzten Jahren stark gewachsen sind. Der Stadtrat ist deshalb selbstverständlich bereit, die Empfehlung des Revisors aufzunehmen und eine Analyse der vergleichbaren Aufwandpositionen von Aarau und Baden durchzuführen. Es kann aber nicht erwartet werden, dass dies innerhalb von drei Wochen sauber erarbeitet wird, das braucht eine gewisse Zeit. Als Sofortmassnahme kann das zwar beispielsweise eingeleitet werden, aber das Anbringen von Korrekturen wird dann wohl eher in die mittelfristige Zeitperiode fallen. Damit komme ich auf einzelne Hinweise aus dem Rat zu

sprechen: Dem Stadtrat gefällt der momentane Veranlagungsgrad auch überhaupt nicht. Wir sind froh, dass auch von Seiten des Einwohnerrates mitgetragen wird, dass auf personeller Seite etwas unternommen werden muss. Mit diesen 40 Stellenprozenten für eine Aushilfe wird versucht, bessere Resultate zu erzielen. Der Stadtrat verspricht sich eine gewisse Stabilisierung, was einerseits den Gesundheitszustand, andererseits den Personalbestand in dieser Abteilung anbelangt, sodass man schrittweise an die Zielgrössen herankommen kann. Ohne nähere Beweise würde ich aber ein Fragezeichen machen, ob man die Verwaltung einfach generell als ineffizient abqualifizieren kann. Das ist rascher gesagt, als bewiesen. Natürlich kann man einfach zwei Zahlen nebeneinander hinstellen und dann sagen, die einen seien die Fauleren und die anderen die Effizienteren, aber ich glaube, das würde eine tiefere Analyse benötigen. Ich glaube aber nicht, dass die Verwaltungsorganisation in Aarau im Vergleich schlechter ist als andere und wir die Personen falsch einsetzen. Da möchte ich schon bitten, dass man versucht, erst aufgrund etwas klarerer Analysen solche Urteile zu fällen. Der Stadtrat ist bereit, diese Analysen zu machen, was den Vergleich mit Baden anbelangt und die Ergebnisse dann offen anzuschauen. Es muss auch gesagt werden, dass wir Steuersenkungsperioden hinter uns haben. Das passierte in Zeiten, in denen wir glaubten, dass das Geld, insbesondere für die von Ihnen zu recht als notwendig angeschaute Investitionsquote von etwa 10 bis 13 Mio. Franken jährlich, reichen würde, um in der Stadt keine Substanzverluste einzugehen. Dem Stadtrat ist aber bewusst, dass die Situation nun anders aussieht und deshalb Massnahmen getroffen werden müssen. Was die Erfüllung der Stadtentwicklungsziele anbelangt, so bitte ich Sie, diese Ziele einmal einzeln durchzuschauen. Eine Einschätzung ist immer dann schwierig, wenn noch Verfahren hängig sind. Es gibt manchmal Geschäfte, welche praktisch ohne Beschwerden oder Einsprachen abgewickelt werden können, andere dauern länger. Wenn man die Gründe genau anschaut, weshalb die Ziele nicht erfüllt werden konnten, sind diese sehr oft auf Umstände zurückzuführen, bei welchen sich der Stadtrat auch wirklich verschätzen konnte. Vielleicht muss man, bei äusseren Einwirkungen, in Bezug auf Verzögerungen, grosszügiger sein. Zu den krankheitsbedingten Ausfällen, welche Herr Bachmann insbesondere bei der Stadtkanzlei, aber auch generell, angesprochen hat, kann ich Ihnen Folgendes sagen: In der Tat ist die Absenzenquote im Jahre 2010 wieder etwas gestiegen. Der Stadtrat hat die Gründe dafür untersucht. Schlussendlich hat er das aber nicht im Griff. Es handelte sich um schwierige Krankheiten und Unfälle von Mitarbeitenden. Selbstverständlich zähle ich die einzelnen Krankheitsbilder nicht auf, aber es gab solche, welche zu längeren Absenzen geführt haben. Bei der Einwohnergemeinde gab es eine Steigerung von 2,36 % auf 2,88 %, etwas grösser war die Zahl der Absenzen im Bereich der Altersheime, wo sehr viele Teilzeitangestellte tätig sind. Dort war sie aber schon immer etwas höher als der Durchschnitt in der Zentralverwaltung. Man muss wissen, dass der Durchschnitt bei den Verwaltungen in der Schweiz etwa bei 3,5 % liegt. Da sind wir hier in Aarau mit rund 2,9 % nicht etwa super, aber auch nicht weit weg vom Durchschnitt. Noch ein Hinweis zur Ertragsseite kultureller Institutionen: Sie wissen alle, dass man da einen heiklen Balanceakt eingehen muss. Wenn z. B. das KuK so teuer wird, dass niemand mehr kommt, fällt die Ertragsseite auch wieder zusammen. Es muss so attraktiv bleiben, dass die Leute auch Buchungen vornehmen. Der Stadtrat erhält auch hin und wieder Rückmeldungen, dass das KuK zu teuer sei und man auf einen billigeren Ort ausweiche. Natürlich kann man nun sagen, dass die Betriebsseite viel zu teuer sei. Sie sehen also, da gibt es eine Problematik. Auch beim Schlössli werden wir nicht Eintrittspreise von 30 oder 40 Franken verlangen können, sonst wird niemand mehr kommen. Im Kulturbereich ist das also nicht so einfach. Es ist auch nicht so, dass man Angst haben muss, der Stadtrat wolle mit den Geldern, die angelegt worden sind – und dabei handelt es sich im Übrigen nicht um Steuergelder, sondern im Wesentlichen um Gelder, welche aus der damaligen Vonselbständigung der IBAarau hervorgegangen sind – spekulative Anlagen tätigen. Das ist nicht

so und kann auch nachgeprüft werden. Die Anlagerichtlinien sind sehr rigide und es besteht keine grosse Gefahr, dass man völlig danebenliegt. Natürlich kann man so auch keine grossen Gewinne machen. Diese Anlagepolitik ist eher mit jener einer Pensionskasse zu vergleichen. Insgesamt hat der Stadtrat den Ernst der Lage durchaus erfasst. Wie es weitergehen soll, muss er sich bei denselben Punkten überlegen, wie es gesagt worden ist, nämlich auf der Ausgaben- seite bei der Laufenden Rechnung und den Investitionen wie auch bei den Erträgen. Im Poli- tikplan werden Sie feststellen, wie viele der Investitionen, welche nun auf uns zukommen, bereits beschlossen und sogar mit Volksabstimmungsergebnissen hinterlegt sind. Das sind die ganz grossen Brocken. Dort Abstriche zu machen, bräuchte politisch dann noch einigen Mut. Da ist nicht nur der Stadtrat gefragt, sondern auch andere. Insgesamt danke ich für die gute Aufnahme von Jahresbericht und Rechnung 2010, insbesondere auch für die Anerkennung, welche Sie unseren Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung gezollt haben. Wir werden diese gerne weitergeben. Im Namen des Stadtrates empfehle ich Ihnen die Annahme der stadträtli- chen Anträge.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vor- liegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat heisst den Jahresbericht 2010 der Einwohnergemeinde gut.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Refe- rendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Rechnung der Einwohnergemeinde Aarau für das Jahr 2010.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Refe- rendum.

Abstimmung über den Antrag 3, Motion Fritschi:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Motion Christian Fritschi und Mitunterzeichner/-innen "Amtliche Anzeigen von Bestatungen/Beisetzungen in Aarau" wird abgeschrieben.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Abstimmung über den Antrag 3, Motion Bachmann:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Wosa-Motion Oliver Bachmann "Einführung einer standardisierten Mitarbeitendenbefragung" wird abgeschrieben.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Abstimmung über den Antrag 3, Motion Lüscher:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Motion Rainer Lüscher "Elektrischer Strom für stadteigene Bauten und für öffentliche Beleuchtung aus Wasserkraft – Eagle Power" wird abgeschrieben.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir hoffen, an der Sitzung vom 20. Juni den Politikplan miteinander anschauen zu können und bitten alle, den Termin auf jeden Fall frei zu halten. Ich möchte mich für die Aufmerksamkeit und das Engagement heute herzlich bedanken und wünsche allen einen schönen Abend und eine gute Nacht.

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Die Präsidentin:



Angelica Cavegn Leitner

Der Protokollführer:



Stefan Berner